# Sachsen-Zeitung

**Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter**

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Postbestellung Mark zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

**Früher: Wilsdruffer Tageblatt**

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 30 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

**Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6**

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 29 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 Sonntag 3. Februar 1924


## Wochenrückblicke.

„Wie kann ich dir das Wasser trüben?" — Alle Mittel heilig, alle Wege die rechten — Terror ohne Führereignung — Elefanten im Porzellanladen — Das Heil der Internationale — Reifende Erkenntnis, epidemischer Schuppenfall — Gegenwind — „Wie lange noch . . .?" — Westfalenland — General von Loßberg — Landwirt zu Landwirten — Ein Ereignis? — „Leute" und „Männer"

„Wie kann ich dir das Wasser trüben, trinkst du doch über mir!?" — An diese Antwort des Lammes, die es dem Wolf gab auf dessen Vorwurf, das Wasser ihm getrübt zu haben, wird man recht oft erinnert. Von der Sozialdemokratie erinnert. Sie, die Herren Genossen aller Schattierungen, denen man bescheidene Schüchternheit auch nicht nachzusagen vermochte in der Zeit, als noch kein Mensch an den Krieg dachte, tun seit einiger Zeit so, als ob sie das Lämmchen, das unschuldvoll-weiße, jetzt seien und allezeit immerdar gewesen wären. Sie, die alle Mittel angewendet haben, alle Minen springen, alle Puppen tanzen ließen, um durch Beeinflussung und Gewalt zur Regierung zu gelangen, denen der unsauberste aller Wege, die Vergiftung der eigenen Volksgenossen, und der in gleichem Maße verwerfliche, der Verrat des eigenen Landes gegen einen mehr als tückischen, rachegierigen Feind, gerade der rechte gewesen, sie, ausgerechnet sie spielen heute die gekränkte Unschuld! Fünf Jahre hindurch haben sie ihre Führer der ersten kritischen Ordnung in die ersten, die der zweiten Ordnung in die zweiten und so weiter Reichs-, Staats- und Gemeindestellen hineingeschoben! Fünf Jahre hindurch haben sie frei gewaltet und geschaltet, durch Terror, dem die Führereigenschaft ermangelte, durch Züchtung eines Demagogentums, dem die Erlangung äußerer Eigenvorteile alles, das Volkswohl nichts galt. Fünf Jahre hindurch haben sie, durch Unkenntnis teils, dann aber auch in Verfolgung ihrer auf Internationalisierung hinauslaufenden undurchsichtigen Ziele, das Währungssystem vernichtet, alle Wirtschaftsmöglichkeiten untergraben, das deutsche Ansehen besudelt, das Heer der Arbeitslosen verschuldet, — kurz: wie die Elefanten im Porzellanladen deutscher Einigkeit, deutscher Kultur, deutscher Moral, deutscher Politik und deutschen Wesens herumgetrampelt. Immer in der von blutigstem Dilettantismus erzeugten Wahnidee: das Heil brächte dem deutschen Volke das Heil der Völker, das Heil, das in den Sternen irgendwo und irgendwie einmal geschrieben stehen mag, das Heil der großen, der freien, der weltfriedenbringenden, goldenen Internationale! —

Nun sie, im sechsten Jahre ihrer Vorherrschaft, es allmählich dahin gebracht, daß nicht nur dem auf nationalem Boden verbliebenen Bürgertum die Erkenntnis mächtig reift, sondern daß auch in ihren eigenen, mehrfach gespaltenen Heerlagern der Schuppenfall von den verblendet gewesenen Augen epidemisch auftritt, — nun bemühen sie sich, den Spieß umzudrehen: Nun wechseln sie die Taktik und versuchen es, sich in ein Büßergewand zu hüllen und selbst wieder die — Gelnechteten zu spielen!

Hat da, im Thüringischen, allda, wo der Himmel fast die ganzen letztverflossenen Jahre hindurch nur in rot erglühen durfte, anläßlich einer Wahlzeit der Wind einmal aus einer andern Luke recht scharf gepfiffen. Ein Wahlplakat des Gegenextrems, auf dem einige Bildnisse prangten: Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Radek-Sobelsohn und andere. Umrahmt mit Inschriften wie: „Nie wieder Krieg!" — „Hoch die Internationale!" — „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit!" und anderen. Und dieses Wahlplakat war — frei in der Zeit des freien Austobens des Kampfes der Meinungen — vom Leiter der öffentlichen Gewalt genehmigt! — Hu, wie sie sich da überschlugen, die Genossen alle, wie sie zur schärfsten Handhabung der geschaffenen Gesetze zum Schutze der „freien" Republik anspornten! Und wie sie sich, in ihrem begreiflichen Kampfe gegen den militärischen Ausnahmezustand, mit öffentlich anklagenden Fragen überschütteten: „Wie lange sollen wir noch warten?", „Was soll inzwischen noch alles geschehen?"! —

Ein ander Bild: In Westfalen, im Lande der roten, der — gottseidank! — kerndeutschen roten Erde, hat irgendwo der die eigenen wie die allgemeinen deutschen Interessen (wie es ja bei Tagungen dieser Deutschen immer so ist) vertretende Landes-Bauernverein getagt. An dieser Tag hat — „hört hört!" — „hört hört!" — General von Loßberg, in dessen Händen die öffentliche Gewalt des Landes fest und sicher ruht, mit teilgenommen! Und dieser General hat — allen Republikbeschützern möge es eiskalt selbst die allerkrümmsten Buckel hinaufkriechen — zum Wort gegriffen! Selbst Landwirt, seit 20 Jahren, kennt er des Landbesitzes Eigenheiten und Hemmungen, Aussichten und Bedrohungen, Hoffnungen und unerfüllbare Zumutungen. Und sprach von diesen. Als Landwirt zu Landwirten! Sprach davon, daß die Landwirtschaft die deutsche Volksernährung übernehmen könne und daß ihr nicht alles weggesteuert werden dürfe. Auch davon, daß es ein Unding sei, den im Jahre 1913 festgesetzten Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten und daß die sicherste Grundlage des Staates, eben die Landwirtschaft, nicht zerstört werden dürfe, am allerwenigsten aber vom Staate selbst. Und erlaubte sich außerdem auch, darauf hinzuweisen, daß er, solange das Amt als Inhaber der vollziehenden Gewalt in seiner Hand ruht, dafür einstehe, daß die Landwirte ihre Betriebe in Ruhe und Sicherheit auch durchführen können. Von alledem sprach der General und Landwirt von Loßberg, Inhaber der vollziehenden Gewalt im Lande der roten Erde. Und erntete den Beifall der zahlreich erschienenen Landwirte des Landwirtschaftstages der Provinz Westfalen. Ein Ereignis? — Durchaus nicht! Im roten Heerlager stempelt man es aber zu einem Ereignis. Man ist — leider — in ihm nachgerade daran gewöhnt, daß die Leute, die, auf hohem Kothurn stehend, etwas zu sagen wünschen, sich desselben Heerlagers als Souffleurkasten bedienen. Und schreien Zeter und Mordio, wenn Männer, die etwas zu sagen haben, sich der freien Sprache des freien Mannes zu freien Männern frei bedienen.

Jupiter.

# Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Berlin, 2. Febr.** Zur Information der in Berlin weilenden ausländischen Sachverständigen hat bekanntlich die Reichsregierung Material über Deutschlands wirtschaftliche Lage zusammenstellen lassen. Diese Denkschrift wird, wie der Deutsche Handelsdienst berichtet, voraussichtlich im Laufe der Woche der breiteren Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden, da anzunehmen ist, daß die Prüfung des Materials durch die Sachverständigenkommission nur noch wenige Tage in Anspruch nehmen wird.

### Rheinlandkommission und Pfalzfrage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**London, 2. Febr.** Die Rheinlandkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung die Frage der Anerkennung der Verordnungen der sogenannten autonomen Regierung der Pfalz wiederum vertagt.

### Herr von Kollin deutscher Gesandter in Brüssel.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Paris, 2. Febr.** Pariser Blätter veröffentlichen heute eine Agenturmeldung aus Brüssel, wonach die belgische Regierung der Reichsregierung mitgeteilt hat, daß sie zu der Ernennung des Herrn von Kollin zum deutschen Botschafter in Brüssel ihre Genehmigung erteile.

### Das Schicksal des Kabinetts Poincare.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Paris, 2. Febr.** In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Kammerdebatte über die Maßnahmen gegen den Frankensturz noch die ganze Woche ausfüllen wird, falls es der Regierung nicht gelingt, das Tempo der Diskussion zu beschleunigen. Das scheinbare hilflose Verhalten des Kabinetts in den beiden letzten Sitzungen hat die Auffassung, daß das Ministerium Poincaré abgewirtschaftet hat, verstärkt.

### Schreckliches Explosionsunglück in Moskau.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Moskau, 2. Febr.** Gestern mittag ereignete sich in Charkow auf dem Zentralplatze in dem siebenstöckigen Hause des Verpflegungsausschusses eine gewaltige Sprengstoffexplosion, die die Decke des dritten Stockwerkes eindrückte. Die um diese Zeit anwesenden Personen und ein vorüberfahrender Fuhrmann wurden getötet, mehrere Straßenpassanten schwer verletzt. Mehrere Personen sprangen aus dem 7. Stockwerk, wobei sie den Tod fanden. Bisher wurden neun verkohlte Leichen gefunden. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

### Die englische Anerkennung Sowjetrußlands erfolgt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Berlin, 2. Febr.** Die neue englische Regierung hat ihre Absicht, Sowjetrußland de jure anzuerkennen, soeben verwirklicht. Der englische Vertreter in Moskau, Hodgsem, überreichte gestern der Sowjetregierung folgende Note: Ich beehre mich, im Auftrage meiner Regierung mitzuteilen, daß sie die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken de jure als Inhaber der Regierungsgewalt über die Gebiete des früher russischen Kaiserreiches anerkennt, die ihre Autorität anerkannt haben. Um jedoch normale Voraussetzungen für die künftigen freundschaftlichen Beziehungen und eines völligen gegenseitigen wirtschaftlichen Austausches zu schaffen, ist es notwendig, weitere praktische Abmachungen über verschiedene Angelegenheiten und Fragen zu treffen, von denen einige an und für sich mit der Anerkennung nichts zu tun haben, andere aber mit der Tatsache dieser Anerkennung verknüpft sind. Zu diesen letzteren Fragen gehört die der bestehenden Verträge zwischen England und Rußland. Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung gemäß den Grundsätzen des internationalen Rechts automatisch alle zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution zustande gekommenen Verträge in Kraft setzen wird, mit Ausnahme derer, die ausdrücklich zurückgezogen oder auf andere Art und Weise hinfällig geworden sind. Es liegt offenbar im Interesse und im Vorteil der beiden Länder, daß mit Bezug auf diese Verträge gleichzeitig mit der Anerkennung besondere Regelungen getroffen werden. Technisch nicht verbunden mit der Anerkennung, aber zweifellos von überragender Bedeutung ist das Problem der Regelung der gegenseitigen Ansprüche der beiden Regierungen und ihrer Untertanen und die Wiederherstellung des russischen Kredits. Weiter wird in der Note gesagt, daß natürlich an anständige freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern so lange nicht gedacht werden könne, als von der einen Seite noch gegen die andere Seite Propaganda betrieben wird, die gegen die Interessen der anderen Partei verstoßen. Infolgedessen lädt die englische Regierung die Sowjetregierung ein, sobald wie möglich mit allen Vollmachten zur Erörterung aller dieser Fragen und zur Unterzeichnung einer Grundlage für eine provisorische Lösung ausgestattete Vertreter nach London zu entsenden. Inzwischen wird die englische Regierung einen bevollmächtigten amtlichen Vertreter bzw. Botschafter für Moskau ernennen, um dessen Anerkennung gebeten wird, während die englische Regierung erwartet, daß auch die Sowjetregierung möglichst bald einen bevollmächtigten diplomatischen Vertreter für London ernennen wird.

### Expräsident Wilsons letzte Stunden.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Paris, 2. Febr.** Nach einer Meldung der „Chikago Tribune" aus Washington hat gestern abend 7,30 Uhr amerikanischer Zeit, das ist heute 12 Uhr, Expräsident Wilson das Bewußtsein verloren. Man erwartet seinen Tod in den ersten Morgenstunden. Wilson ist 68 Jahre alt geworden.

## Wo treiben wir hin?

Von besonders geschätzter Seite geht uns aus unserer Leserschaft folgender Notschrei zum Abdruck zu:

Man kann im Herzen Milde tragen
Und doch mit Knüppeln drunter schlagen.

Wie lange wollt ihr unsere Geduld noch auf die Probe stellen? „Quonsque tandem Catilina abutere paticetia nostra!" So ruft der römische Volksredner aus, und das möchten wir heute auch allen denen zurufen, die in Reichsparlament und Reichsregierung Handlangerdienste leisten dem jüdischen Weltkapital.

Merkt ihr Sozialisten in eurer in Klassenhaß eingestellten Parteipolitik denn nicht, daß ihr nur der Vorspann seid für dieses? — Daß das deutsche Volk es euch verdankt, wenn es heute, nach 5 Friedensjahren, in allen seinen Teilen, mit Ausnahme des jüdischen Großkapitals, ein nicht nur aufs Blut ausgesogenes, vollkommen verarmtes, sondern auch ein in jeder Beziehung entrechtetes Volk ist? — Ist das Proletariat wirklich so naiv, zu glauben, daß auskömmliche Löhne, welche ihm die durch sozialistische Mache verarmten deutschen Arbeitgeber nicht mehr zahlen können, ihm aus den Taschen dieses Großkapitals zufließen werden?

Das jüdische Großkapital kennt keine sittlichen Pflichten von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer. Es kennt nur die eine Maxime, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Die Mittel und Wege, dieses in vollstem Umfang zu tun, haben Sozialdemokratie und Kommunismus ihnen durch ihre aus Utopie bestehende Parteipolitik an die Hand gegeben.

Während das deutsche Bürgertum heute in den Ruf einstimmt: „Fort mit dem Marxismus!" wird dieses Bürgertum täglich vor neue Ungeheuerlichkeiten gestellt. Verordnungen und Notgesetze werden erlassen, die in ihrer Wirkung einem Verfassungsbruch gleichen und welche das zunächst darüber hocherfreute Proletariat, das in denselben Maßnahmen gegen den Besitz erblickt, letzten Endes ebenso treffen, wie die besitzenden Massen, das ganze Volk aber in seiner Entrechtung zum hilf- und willenlosen Arbeitsknecht des internationalen Großkapitals machen. Unzählige Kleinrentner und Arbeiter, die ihren Sparpfennig auf Sparkassen oder in mündelsicheren Anlagen untergebracht hatten, sind heute durch solche Verordnungen, mit welchen sich das Großkapital auf die einfachste Art seinen Verpflichtungen entzieht, vor ein Nichts gestellt werden.

Ja, es ist weit gekommen im Deutschen Reich, wenn aus sittlichem Pflichtgefühl sogar das höchste deutsche Gericht seine warnende Stimme gegenüber Reichsregierung und Reichsparlament erhebt und wenn dieses höchste Gericht in dem Vorgehen der Reichsregierung in der Hypothekenfrage eine ver-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

fassungswidrige Enteignung, die gegen Treu und Glauben verstößt, für einzelne Fälle erblicken zu können glaubt. Wie ist es möglich, daß die Regierung das wohlerwogene Urteil des Reichsgerichtes vom 28. Nov. 1923 mit einem Machtwort vereiteln will oder durch einen dem verfassungsmäßig gewährleisteten Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung Hohn sprechenden Steuer rechtsunwirksam gestalten will?

Das Reich hat allen Ausländern die von ihnen geltend gemachten Vermögens- pp. Schäden ersetzt, 25 Prozent aller Staatseinnahmen übermittelt es dem französischen Nachbar zum Unterhalt der schwarzen Besatzungsarmee und der sonstigen französischen Söldnerbanden, die in zynischer Weise unser armes Volk knechten, treten, mißhandeln und abschlachten! Für die im feindlichen Ausland geschädigten Inlands- und Auslandsdeutschen, denen es laut Friedensvertrag ersatzpflichtig ist und deren Vermögen zur Abtragung der feindlichen Forderungen verwendet wurde, erklärt es sich aber insolvent! Diese Deutschen sollen zugunsten der Allgemeinheit für die dem Reich auferlegten Pflichten aus dem Friedensvertrag einseitig mit ihrem Vermögen aufkommen. Das also ist der in der Verfassung gewährleistete Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung! Und über all dem sozialen Elend tausender dadurch vernichteter Familien thront das jüdische Großkapital.

Jeder Ruf nach Hilfe dieser Entrechteten an Regierung und Reichstag aber ist seit 5 Jahren unbeachtet verhallt! In allem ist das Walten jener volksfremden Macht auf die Aussaugung und Vernichtung unseres Volkes eingestellt. Wie anders auch sonst ist die geplante Zusammenlegung der Aktien in Goldmark zu 100 Mark zu beurteilen, wie als eine restlose Enteignung der Kleinaktionäre? — Und in welche Hände wird damit dieser Aktienbesitz überführt?

Wenn das so weiter geht, ist auch der deutsche Grundbesitz in nicht zu ferner Zeit den volksfremden Mächten ausgeliefert.

Fügt sich das deutsche Volk weiterhin apathisch Anordnungen, die nur das jüdische Großkapital und deshalb auch das Ausland vollkommen befriedigen, uns Deutsche aber mit dem Grundsatz betrügen: „Mark ist gleich Mark", dann ist unser Los besiegelt und mit ihm ein neuer Währungszerfall in baldiger Aussicht.

All die volksfremden Machenschaften sind weitgehender und viel tiefer angelegt, als leider die meisten unter uns Wort haben wollen. Ihr verdanken wir die Zurückhaltung von Waren, die Bezugsscheinwirtschaft und all das Elend vergangener und, wie es den Anschein hat, auch kommender Jahre.

Es ist höchste Zeit mit allen Mitteln sich einzusetzen für eine von Hemmungen freie nationale Regierung, die den übernommenen Pflichten aus einem nicht gewonnenen Krieg im Rahmen des Möglichen, aber auch zu Lasten der Allgemeinheit nachkommt und nicht auf Kosten vorwiegend derjenigen aus dem Volke, die an und für sich schon während des Weltkrieges am schwersten gelitten haben. Die Regierung darf nicht, weil sie Unmögliches zu leisten verspricht, ihre Zuflucht zu kommunistisch wirkenden Maßnahmen nehmen, welche uns, mit dem besten Teil des Volkes beginnend, dem Untergang ausliefern.

Einreißen ist leichter als aufbauen; aufbauen kann ein Staatsmann nur auf gesunden Fundamenten, auf einem nicht vernichteten Volksvermögen. Darum gilt es, dieses Fundament dem Staat zu erhalten, nicht aber, wozu wir heute mit allen Mitteln hinstreben, es zu vernichten. Um, wenn wir uns mit einer Geste auf unsere westlichen Nachbarn im Stile Götz v. Berlichingens ausdrücken wollen, es vor die Säue zu zu werfen. — v. S.

## Politische Rundschau

### Weiterarbeit der Sachverständigen.

Untersuchung über Kapitalflucht.

Die in Berlin weilende „Zweite Sachverständigenkommission für Kapitalflucht" trat Freitag zu einer Vollversammlung zusammen. Die Mitglieder des Ausschusses waren vorher vom Reichskanzler empfangen und begrüßt worden. Dr. Marx sagte dabei, er habe ein besonderes Interesse daran, daß in der Frage der Kapitalflucht, die seit Jahren den Streit der Meinungen der ganzen Welt bildet, von so sachverständiger Seite Feststellungen getroffen werden. Der Vorsitzende des Ausschusses MacKenna erwiderte, man hoffe zuversichtlich, die Untersuchung mit größter Beschleunigung durchzuführen.

Der Ausschuß hat seine Arbeiten begonnen und hörte die Ausführungen des früheren Staatssekretärs Bergmann und des Direktors der Deutschen Bank Wassermann.

Ein Sachverständiger über Nepp und Luxus.

Einem Berliner Journalisten machte ein hervorragendes Mitglied der Sachverständigenkommission Angaben über seine ersten Eindrücke in Berlin. Man sei überzeugt, daß sowohl die deutsche Regierung wie die deutschen Wirtschaftler mit ihr ehrlich zusammenarbeiten wollen. Das Kommissionsmitglied findet Deutschland außerordentlich teuer und meint, daß Deutschland zurzeit wohl das teuerste Land der Welt sei. Er habe z. B. für ein Diner 20 amerikanische Dollar zahlen müssen. Er sei ferner erstaunt über den sichtbaren Luxus gewisser Kreise, der den Anschein erwecken müsse, als ob die deutsche Not stark übertrieben sei. So seien z. B. in dem Hotel, wo die Kommissionen wohnen, 80 % aller Gäste Deutsche. Er möchte wissen, woher die Leute all das Geld nehmen. Er betonte jedoch, daß er die Armenviertel natürlich noch nicht gesehen habe.

### Unerfüllbare Forderungen der „Regie".

In keiner Weise ihren Aufgaben gewachsen.

Die französisch-belgische Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiet, die Regie, verlangt für die nächsten Tage die Übergabe von täglich 4000 offenen Wagen mit der Erklärung, daß beim Ausbleiben dieser Wagen schwere Folgen für die Wirtschaft entstehen würden. Wie halbamtlich erklärt wird, kann die Reichsbahn ohne empfindliche Schädigung der Interessen des unbesetzten Gebietes diese Wagen unmöglich abgeben. Es ist nicht durchführbar, daß immer erneut Leerwagenmaterial in das Ruhrgebiet hineingepreßt wird, während die Regie völlig außerstande ist, die Tausende von beladenen Wagen, die bereits im Ruhrgebiet stehen, zu bewegen. Die Schuld an den schweren Folgen für das Wirtschaftsleben fällt der Regie zur Last, die ihrer Aufgabe, wie sich immer mehr zeigt, in keiner Weise gewachsen ist.

### Freigabe von Wareneinfuhr.

Berlin, 1. Februar.

In den nächsten Tagen wird im Reichsanzeiger eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers veröffentlicht, durch die die Einfuhr einer weiteren Reihe von Waren freigegeben wird. Unter anderem handelt es sich um Rohseide, Seidengespinste und Lederwaren, soweit sie noch nicht einfuhrfrei waren. Ferner werden unter anderem Schwemmsteine, Kalksandziegel und Waren aus Gips einfuhrfrei, Roheisen, Halbzeug und Walzwerkerzeugnisse mit Ausnahme von Edelstahl, Messingwaren, gewisse Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse. Gleichzeitig wird durch eine zweite Verordnung das Ausfuhrverbot, das bekanntlich nur noch bei einer beschränkten Anzahl von Waren besteht, für eine Reihe dieser Waren aufgehoben, unter anderem für Torf, Benzol, Steinkohlenteer-, Braunkohlenteer-, Torf- und Schieferöl, ferner für Pech und pechartige Rückstände und für Teer, für Kunstwolle, Lumpen, Galalith, für Roheisen, Halbzeug und die wenigen Walzwerkerzeugnisse, die bei der Freigabe der Ausfuhr im September v. J. noch nicht berücksichtigt worden waren, nämlich Weißblech und Walzdraht. Es bleiben auf diesem Gebiet lediglich Erze und Alteisen unter Ausfuhrkontrolle.

### Erleichterter Grenzverkehr Deutschland—Holland.

Die Erleichterung im Grenzverkehr zwischen Deutschland und Holland ist durchgeführt. Die Zoll- und Paßprüfung in Bentheim, die bisher in den Bahnhofsräumen stattfand, wird jetzt im Zug durchgeführt, so daß nur die Reisenden das Abteil zu verlassen brauchen, die Verzollbares bei sich führen oder großes Gepäck im Packwagen haben. Auch die Reisenden, deren Gepäck bereits in Amsterdam oder Berlin zollamtlich abgefertigt ist, müssen der Revision beiwohnen und ihre Zollpapiere vorweisen.

### Erhöhung der Eisenbahntarife durch die Regie.

Düsseldorf, 1. Febr. Mit Rücksicht auf die starke Entwertung des französischen Franken hat sich die Regie veranlaßt gesehen, die Preise der Güter- und Personenbeförderung auf den von ihr betriebenen Strecken von heute ab auf durchschnittlich 80 Proz. zu erhöhen.

### Das besetzte Gebiet fordert freie Hand gegen die Separatisten.

Köln, 1. Febr. Der 60er-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Separatistenfrage beschäftigt und folgende Entschließung gefaßt: Die im 60er-Ausschuß vereinigten politischen Parteien des besetzten Gebietes erklären feierlich, daß hinter den Separatisten, die erst im französisch-belgisch besetzten Gebiet der Rheinprovinz und Hessen-Nassau hausten und seit Wochen in der Pfalz die Bevölkerung dem fürchterlichsten Terror aussetzt, keine einzige politische Partei und kein anständiger deutscher Mann steht. Würde man der Bevölkerung die gleichen Rechte geben, die die Separatisten sich anmaßen dürfen oder ihr auch nur freie Hand lassen, so würde die Separatistenherrschaft in noch nicht 24 Stunden von der Empörung des gesamten rheinischen Volkes hinweggefegt sein. Wir verlangen deshalb freie Hand gegen die Separatisten.

### Die gestrige Kabinettssitzung.

Berlin, 1. Februar. Das Reichskabinett trat heute zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es erledigte die Krankenversicherung, das Schankstättengesetz und die Weinsteuervorlage.

## Kurze politische Mitteilungen

Die Technische Nothilfe in Hagen und Elberfeld.

Berlin, 1. Februar. Nachdem am 30. Januar die Technische Nothilfe im Städtischen Gaswerk zu Hagen i. W. die Verrichtung der Notstandsarbeiten aufnehmen mußte, wurde sie am 31. Januar abends auch im dortigen Wasserwerk zur Aufrechterhaltung des Wasserwerkbetriebes eingesetzt. Der am 29. Januar erfolgte Einsatz im Elberfelder Elektrizitätswerk läuft daneben weiter.

Um 100 000 Rentenmark betrogen.

Hamburg, 1. Februar. Ein am 9. September 1899 zu Danzig geborener Kaufmann Karl Wilhelm Heinrich verkaufte am 20. Januar auf Grund gefälschter Konnossements einer hiesigen Bank einen Posten Blei und Kupfer. Heute hat sich herausgestellt, daß die Ware gar nicht vorhanden und die Bank um rund 100 000 Rentenmark betrogen worden ist. Heinrich ist flüchtig.

Verbraucherpreis für Kaffee.

Hamburg, 1. Februar. Der Verbraucherpreis für guten gerösteten Kaffee wird vom Verein der Kaffee-Großröster und -Händler, Sitz Hamburg, heute offiziell mit 2,80 bis 4,80 Mark für ein Pfund je nach Herkunft notiert.

Zwangswirtschaft in Hessen aufgehoben.

Darmstadt, 1. Februar. Im Landesausschuß wurde der Antrag der Bauernfraktion auf sofortige Aufhebung der Verordnung über den Verkehr mit Milch, Butter und Eiern und der Höchstpreisverordnung für Milch und Butter gegen die Stimmen der Linken angenommen. Damit ist die Zwangswirtschaft auch für Milch und Butter für den hessischen Staat mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die militärische Umgruppierung im Ruhrgebiet.

London, 1. Februar. Nach einer Meldung aus Köln ist die belgische Besatzungsarmee im Ruhrgebiet von 7000 auf 4000 Mann herabgemindert und unter das Kommando des belgischen Oberkommandierenden Nurquoy gestellt worden, während sie bisher den Befehlen des Generals Degoutte unterstand.

Die Blockade der englischen Zone.

London, 1. Februar. Wie aus Kreisen der englischen Besatzungsbehörden in Köln gemeldet wird, dauert die Blockade der englischen Zone durch die französisch-belgische Regie trotz der wiederholt von englischer Seite erhobenen Vorstellungen immer noch an. Pakete aus Berlin brauchen durchschnittlich drei Wochen, bis sie in Köln anlangen.

•

### Belgien.

Antrag auf Erweiterung des Achtstundentages. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Moyerson, hat in der Kammer ein Projekt zur Abänderung des achtstündigen Arbeitstages eingebracht. Moyerson geht von der Tatsache aus, daß die meisten Regierungen das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifizierten. Die belgische Regierung erachtet es für notwendig, daß die Industriellen das Recht besitzen, die nationale Produktion wenn möglich unter prinzipieller Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages auf ihren Höchstertrag zu bringen.

### Schweiz.

Internationales Arbeitsamt und Arbeitszeitverlängerung. Beim Schluß der diesmaligen Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf erklärte Direktor Albert Thomas, daß die Darlegungen der deutschen Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter über den Willen Deutschlands zur Reparationserfüllung einen Schritt vorwärts auf dem Wege des Wirtschaftsfriedens bedeuteten. Er verzeichnete ferner die wichtige Erklärung der deutschen Regierungs- und Arbeitgebervertreter über den provisorischen Charakter der Arbeitszeitverlängerung in Deutschland, möchte aber Garantien dafür haben, daß die Produktionssteigerung in Deutschland auch tatsächlich den Reparationsleistungen zugute kommt und die Arbeiter nicht allein und nicht nutzlos Opfer bringen.

### Rußland.

Sowjetrußlands auswärtige Politik. Im Allrussischen Rätekongreß hielt Kamenew eine große Rede. Er sagte dabei u. a., der hervorstechende Grundzug der jetzigen europäischen Politik sei der Bankrott des Versailler Friedens. Von der englischen Arbeiterregierung erhofft Kamenew vorläufig nicht allzu viel, Frankreichs Herandrängen an Rußland ließe sich aus der Furcht vor dem Zuvorkommen anderer Mächte erklären. Die Festigung freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland würde eine der Grundlagen der Politik der Sowjetregierung bleiben. Im Oktober und November, als das Vordringen der Franzosen in Deutschland drohte, hätte man in Rußland „Vorbeugungsmaßregeln" getroffen. Rußland erstarke bei der durch die Westmächte geschaffenen unsicheren Lage Europas.

## Wissenschaft · Kunst · Literatur

### Erblindung durch Hypnose

Was die Ärzte dazu sagen.

Eine geradezu ungeheuerliche Geschichte, die bis zur völligen Aufklärung des Sachverhaltes starken Zweifeln begegnen dürfte, wird aus Potsdam berichtet. Es handelt sich um ein hypnotisches Verbrechen, das an dem 23jährigen Sohn eines früheren Admirals begangen worden sein und zu zeitweiliger Erblindung des Opfers geführt haben soll. Bedenken erregen muß schon die Tatsache, daß nicht einmal feststeht, wer das Verbrechen begangen hat. Während in einigen Angaben der in Stettin geborene Privatgelehrte Dr. phil. Werner Achilles als der Hypnotiseur bezeichnet wird, ist nach einer anderen Version dieser Werner Achilles der Geblendete gewesen. Aber auf die Namen kommt es schließlich nicht an, von Wichtigkeit ist nur das angebliche Geschehnis selbst. Es wird darüber folgendes erzählt:

Der Admiralssohn, der die landwirtschaftliche Hochschule besucht und, obwohl er früher Offizier gewesen war, sehr schwachen Willens und Einwirkungen von außen leicht zugänglich zu sein scheint, machte vor einiger Zeit die Bekanntschaft jenes Dr. phil. und freundete sich mit ihm in offenbar nicht ganz einwandfreier Weise an. Dem Doktor gelang es schon nach kurzer Zeit, seinen jungen Freund vollständig in seinen Bann zu ziehen und ihn nicht nur zu gewagten Spekulationen zu verleiten, sondern, wie es heißt, auch in sexueller Hinsicht zu mißbrauchen. Durch Hypnose soll er ihn monatelang in seiner Gewalt gehalten und ihm schließlich — Blindheit suggeriert haben! Der junge Mann soll sich, obwohl seine Augen vollständig gesund waren, längere Zeit tatsächlich für blind gehalten und sich ganz wie ein Blinder benommen haben. Durch Zufall habe er dann — so wird weiter berichtet — die Bekanntschaft des Sohnes des Potsdamer Pfarrers Grunwaldt gemacht, und dieser neue Bekannte, der sich gleichfalls mit Hypnose beschäftigt, habe sofort die wahre Ursache der Erblindung des Admiralssohnes erkannt und durch eine erfolgreiche Gegenhypnose die Aufdeckung des Verbrechens und die Rettung des jungen Mannes herbeigeführt. Das ganze belastende Material wurde darauf der Potsdamer Kriminalpolizei übergeben, und diese schritt sofort zur Verhaftung des verbrecherischen Hypnotiseurs, der jedoch, da kein Fluchtverdacht vorlag, von dem Untersuchungsrichter nach einem eingehenden Verhör wieder in Freiheit gesetzt wurde.

Das sind die mitgeteilten Tatsachen, die noch mit einer Fülle romanhaften Ranken- und Beiwerks ausgeschmückt werden: der seltsame, starre Ausdruck der Augen des „Kunstblinden", die Sensationen der „Enthypnotisierung", ein unter „nachhypnotischem Befehl" geschehener Selbstmordversuch des Geblendeten, das und anderes wird mit großer Ausführlichkeit geschildert. Trotzdem aber oder vielleicht gerade wegen der sensationellen Aufmachung muß man sich allen diesen Berichten gegenüber sehr skeptisch verhalten und sie „auf das normale Maß" zurückzuführen versuchen. Das tun denn auch hervorragende Nervenärzte, die sich in Berliner Blättern als Sachverständige über den sehr merkwürdigen Fall äußern. So erklärte der weitbekannte Nervenarzt Geheimrat Dr. Moll, daß er aus langjähriger Erfahrung wisse, daß man allen solchen Angaben über Hypnotismus und Suggestion mit großem Mißtrauen entgegentreten muß. Man wisse niemals, welche Angaben des Hypnotisierten objektiv richtig und welche falsch sind. Hierbei spiele die Selbsttäuschung (Autosuggestion) eine besonders große Rolle. Es könne auch sein, daß der angeblich Geblendete hysterisch ist, und solchen Leuten gegenüber müsse man besonders vorsichtig sein. Auch die Angaben des „Enthypnotisierers" seien nicht geeignet, besonderes Vertrauen zu erregen: es sei in diesen Angaben vieles enthalten, was bei dem Fachmann nur ein Lächeln hervorrufen könne. Im übrigen aber seien Fälle von hysterischer oder suggerierter Blindheit durchaus denkbar; der Arzt wisse, daß z. B. auch Farbenblindheit und Taubheit suggeriert werden kann. In ähnlicher Weise äußern sich andere Autoritäten. Jedenfalls aber wird man gutun, die weitere Entwicklung dieser filmreifen Geschichte abzuwarten und mit dem Urteil zurückzuhalten, bis die angerufenen Gerichte ihr Urteil gesprochen haben werden. S.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

# Sachsen-Zeitung

2. Blatt, Nr. 29 — Sonntag 3. Februar 1924


## Hoffnung!

Ich zahle keinen Preis für einen Mann, der sich an eitler Hoffnung wärmen mag. (Sophokles.)

•

Des Gehofften Erfolg wird selten erzielt. (Euripides.)

•

Im Elend bleibt kein anderes Heilungsmittel als Hoffnung uns. (Shakespeare.)

•

Hoffnung stößt allen das Herz ab, ist ein lang Seil, daran sich viele zu Tode ziehen. (Chr. Lehmann.)

•

Wenn das Glück mich schläget nieder,
Tröstet mich doch Hoffnung wieder.
(von Wrangel.)

## Keine Privatisierung sondern Selbständigkeit der Post und Eisenbahn.

Das Reichskabinett hat soeben beschlossen, daß durch eine Verordnung die Eisenbahn zu einem selbständigen, eine juristische Persönlichkeit darstellenden wirtschaftlichen Unternehmen mit der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" umgestaltet wird, das die nach wie vor im Besitze des Reiches verbleibenden Eisenbahnen verwaltet und betreibt. Es ist also mit der Reichsbahn dasselbe erfolgt wie mit den „Deutschen Werken", was diesen finanziell außerordentlich gut bekommen ist. Und es ist nur eine selbstverständliche Konsequenz, wenn das Kabinett ferner noch beschlossen hat, auch den Reichspost- und Telegraphenbetrieb zu einem solchen Unternehmen als „Deutsche Reichspost" umzuschaffen.

Seit fünf Jahren ist das ärgste Sorgenkind des Reiches die Eisenbahn. In der Blüte der Zentralisationsbestrebungen war ja auch die Eisenbahn „verreichlicht" worden, wie dieser greuliche Ausdruck damals lautete. Natürlich glaubte das Reich ein gutes Geschäft mit der Übernahme der Bahnen zu machen, und es hat sie auch recht billig erhalten. Freilich war der ganze Betrieb heruntergewirtschaftet, denn vier Jahre Krieg und die Bedingungen von Versailles hatten große Lücken in den Wagenpark gerissen, hatten einen ordnungsgemäßen Reparatur- und Ausbaubetrieb verhindert. Immerhin kam man doch allmählich wieder zu leidlich geordneten Verhältnissen, bis auch hier die Inflation die Finanzlage hoffnungslos ruinierte, bis vor allem der Ruhrkampf die Reichseisenbahn in furchtbare Schulden stürzte.

Die Reichsbetriebe als solche haben ja schon lange ihren eigenen Etat, der neben dem der allgemeinen Reichsverwaltung steht. Aber letzten Endes mußte ja doch das Reich immer wieder die Mittel hergeben, um den völlig unrentabel gewordenen Betrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Diese Halbheit ist ein großer Fehler gewesen. Denn ein an die etatsrechtlichen Bestimmungen geknüpfter Betrieb hat wirtschaftlich und finanziell gar keinen Spielraum, keine Ellenbogenfreiheit, kann sich infolgedessen den sich rasch ändernden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen gar nicht oder nur langsam, jedenfalls viel zu langsam anpassen und die am 1. Oktober vergangenen Jahres erfolgte Umstellung der Tarife auf Goldrechnung kam viel zu spät.

Darüber ist man sich ja schon seit langem einig, daß der Eisenbahnbetrieb technisch wie finanziell auf eine andere Basis gestellt werden müßte. Schon im Interesse der deutschen Wirtschaft, von deren Wohlergehen ja auch seine finanzielle Ergiebigkeit wesentlich abhängt. Rein fiskalische Tendenzen haben aber gerade bei der Eisenbahn oft ihr böses Spiel getrieben und man versuchte das Defizit durch eine ständige nicht viel Geist und Überlegung kostende Steigerung der Tarife zu beseitigen. Je schlechter es der Wirtschaft ging, desto höher wurden die Tarife, und aus dem „Verkehrsinstrument" wurde ein verkehrshemmender Betrieb, dem eine preisdrückende Konkurrenz ja keine Sorge zu machen brauchte.

Noch vor dem Ruhreinbruch, der die Eisenbahn in eine ganz verzweifelte Situation stürzte, hat bekanntlich der „Reichsverband der Industrie" seinen Vorschlag zu einer „Privatisierung" der Eisenbahn gemacht, der aber in dem drohenden Volksgemurmel versank. Nun wird dem Drängen wenigstens etwas nachgegeben, der Eisenbahn etwas größere etatsrechtliche Freiheit zu geben.

Das ist übrigens auch deswegen von Wichtigkeit, weil in unseren Eisenbahnbetrieb die französisch-belgische Regie eingedrungen ist und jede Festlegung, jede Kalkulation, jede etatsrechtliche Behandlung des Betriebes unmöglich macht. So ist die Abstreifung äußerer und innerer Fesseln jetzt notwendiger als das früher der Fall war, ist die Umstellung auf die Form eines rein kaufmännisch geleiteten und durchgeführten Betriebes vielleicht ein zwingendes Muß.

Es ist also keine „Privatisierung" der Reichsbahn oder der Post, keine Übereignung in das Eigentum einer Privatgesellschaft, sondern Eigentümer bleibt nach wie vor das Reich. Trotzdem ist es ein sehr bedeutungsvoller Schritt, den die Regierung mit diesen einfachen Verordnungen tut; denn praktisch begibt sie sich der Einwirkung auf diese Betriebe. Eisenbahn und Post ist Besitzerin des ihr zufallenden Vermögens und sie haben wie die „Deutschen Werke" dem Reich lediglich einen Geschäftsbericht vorzulegen. Allerdings ernennt der Reichspräsident nach wie vor die „Generaldirektoren", also den Reichseisenbahn- und den Reichspostminister; aber damit ist die Einwirkungsmöglichkeit des Reiches erschöpft.

•

### Lohntarifkündigung bei der Bahn.

Das Reichsverkehrsministerium hat den Lohntarifvertrag für die gesamten deutschen Eisenbahnarbeiter gekündigt. Dem Vernehmen nach soll im Reichsverkehrsministerium die Absicht bestehen, sowohl die Frage der Arbeitszeit wie die der Lohnfestsetzung einer Neuregelung zu unterziehen. Auch die sozialen Leistungen dürften bei der Neuregelung eine Änderung erfahren. Die Besprechungen über das neue Arbeitsabkommen werden voraussichtlich schon in Kürze im Reichsverkehrsministerium beginnen.

Die Urlaubszeit der Beamten soll für das Jahr 1924 um sieben Tage gekürzt werden.

## Landwirtschaftliches

### Erkennung des Alters beim Schweine.

Bei den Schweinen hat die Bestimmung des Alters in mehrfacher Hinsicht außerordentlich hohen Wert, z. B. wenn es sich bei Schlachtschweinen darum handelt, festzustellen, ob die Tiere noch kein Jahr alt sind, d. h. vollwertige Fleischware liefern, ferner wenn es sich um ältere bereits zur Zucht benutzte Tiere handelt. Bei Schweinen, die als rassenreine Tiere zur Veredelung der Landschweine eingeführt bezw. verkauft werden sollen, ist die Altersbestimmung ebenfalls von ganz besonderer Bedeutung. Hinsichtlich seines Gebisses weicht das als Allesfresser bekannte Schwein erheblich von den nur pflanzenfressenden Tieren ab. An jeder Seite des Oberkiefers bemerkt man 3 Schneidezähne, 1 Hakenzahn, 4 vordere, 3 hintere Backzähne. Dasselbe Bild zeigt auch der Unterkiefer, doch bezüglich der Form weichen namentlich die Schneidezähne sehr voneinander ab. Die Zangen- wie Mittelzähne des Oberkiefers sind groß, besitzen an ihrem freien Teile eine Art Kunde (Reibfläche), ähnlich wie bei den Pferden. Zangen- und Mittelzähne des Unterkiefers sind sehr schmal, besonders lang und ähnlich wie bei den Nagetieren nach vorn gerichtet. Sowohl im Ober- wie Unterkiefer sind die Eckzähne verhältnismäßig klein, von den beiden anderen durch einen zahnfreien Rand getrennt; sie sitzen recht lose im Kiefer, fallen bei etwas älteren Tieren sehr leicht aus, so daß es den Anschein hat, als ob solche Tiere nur 4 Schneidezähne besäßen. Die Milchschneidezähne sind den dauernden sehr ähnlich, doch besitzen diejenigen des Oberkiefers keine Kunde, die des Unterkiefers stehen weniger gedrängt in etwas schrägerer Richtung nach oben. In der Regel sind sie am Ende etwas schwarz gefärbt. Beim Ersatzgebiß sind die Hakenzähne oder wie sie beim Eber benannt werden — Hauer — außerordentlich groß, ziemlich entfernt von den Schneidezähnen, wachsen namentlich bei den männlichen Tieren fortwährend, so daß sie infolgedessen weit aus dem Maule hervorstehen und nicht selten im Oberkiefer 6 bis 9, im Unterkiefer beim Eber 16 Zentimeter und länger werden. Die Hauer beider Kiefer reiben sich gegenseitig ab, dadurch werden die Zähne des Unterkiefers dauernd scharf gehalten. Bei den Sauen wachsen die Haken meist nicht länger als 3 Zentimeter aus dem Maule heraus, dasselbe ist auch hinsichtlich der kastrierten Schweine zu bemerken. Bei beiden Geschlechtern sind die Haken im Milchgebiß außerordentlich klein und schwach, die Backenzähne stehen in fast geraden Linien angeordnet und nehmen vom ersten bis zum letzten an Größe zu.

Es erfolgt nun der Ausbruch der Milchbackenzähne in folgender Weise: 8 Tage nach der Geburt tritt der vierte obere und der dritte untere durch, nach 14 Tagen bis 4 Wochen der dritte obere und der vierte untere, nach 1 bis 1½ Monat der zweite in beiden Kiefern, nach 5 Monaten der erste in beiden Kiefern. Im Unterkiefer wird der letzte Zahn niemals gewechselt, im oberen Kiefer nur ausnahmsweise, es handelt sich also um einen Zahn, der in beiden Gebissen bestehen bleibt. Der fünfte Backenzahn bricht im Alter von ungefähr 5 Monaten, der sechste von 10 Monaten, der siebente von 20 Monaten durch. Beim lebenden Schweine ist die Untersuchung der Backenzähne sehr wohl durchführbar, allerdings nicht gerade angenehm, da die Tiere durch ihr Schreien die Untersuchung schwierig und unangenehm machen. Zur Zeit der Geburt sind die Eckzähne und die Milchhaken in jedem Kiefer vorhanden, mit 5 Wochen erscheinen die Zangen, und zwar im Unterkiefer etwas früher als im Oberkiefer. Mit 1½ Monaten erscheinen die Mittelzähne auch hier im unteren Kiefer etwas früher als im oberen, mit 5 Monaten ist der erste Backzahn bemerkbar. Wie schon angedeutet wurde, kommen die Eckzähne und Haken des Wechselgebisses mit 9 und 10 Monaten zum Durchbruch, die Zangen wechseln mit 12 bis 14 Monaten, die Mittelzähne mit 18 bis 20 Monaten. Hat man demgemäß ein Gebiß vor sich, bei dem noch Eckzähne und Haken des Milchgebisses vorhanden sind, dann ist das betreffende Tier 9 bis 10 Monate alt. Es ist dieses das Alter, in dem die meisten frühreifen Schlachtrassen zur Schlachtung gelangen. Im Alter von mehr als zwei Jahren soll zwar die Abnutzung des Gebisses einen Anhalt ergeben, es ist derselbe jedoch wenig zuverlässig. Nahe der Wurzel nehmen dann die Zähne eine schwarze Färbung an.

## Für das Bürgertum

### Das Programm der Industrie.

Berlin, 31. Januar. Auf der Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie berichtete nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Geheimrat Dr. Bücher über die Stellung der Industrie zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen und währungspolitischen Fragen. Wir stehen, so führte er aus, im Zeichen einer großen Arbeitslosigkeit. In der Lohnfrage gehen einerseits die Entscheidungen der Schlichtungsstellen über das wirtschaftlich tragbare Maß hinaus, andererseits ist der Preisabbau noch nicht überall in dem notwendigen Umfange erfolgt. Die Rentenbank hat beruhigend gewirkt. Das Goldnotenbankprojekt, dessen Gründung kommen muß und von dem Reichsverband der deutschen Industrie stets gefordert worden ist, läßt sich erst verwirklichen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen vor allem die sichere Konkurrenzfähigkeit und aktive Zahlungsbilanz erreicht sind. Um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, müssen alle überflüssigen Ausgaben vermieden werden. Der Beamtenabbau muß durchgeführt werden mit der Wirkung, daß die im Dienste bleibenden Beamten alsdann genügend bezahlt werden. Die wirtschaftliche Lage wird sich halten lassen unter der Voraussetzung, daß an Rhein und Ruhr normale Zustände hergestellt werden. Bei den unmittelbar bevorstehenden Beratungen mit den internationalen Sachverständigenausschüssen wird seitens der Industrie die Lage in aller Offenheit ohne jede Verschleierung dargestellt werden. Nur ein offenes Bild kann uns retten!

### Buchführung auf wertbeständiger Grundlage.

In der Nummer des „Reichsanzeigers" vom Dienstag wird die Verordnung über Buchführung auf wertbeständiger Grundlage nach Artikel 1, § 32 der zweiten Steuernotverordnung veröffentlicht. Die Verordnung umfaßt vier Paragraphen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Bücher gelten als auf wertbeständiger Grundlage geführt, wenn in ihnen spätestens vom 1. Februar dieses Jahres ab sämtliche Geldbeträge entweder in Goldmark oder in amerikanischen Dollars oder in englischen Pfund oder in holländischen Gulden oder in Schweizer Franken unter Beachtung der Bedingungen des § 3 gebucht sind. Sofern nach Inkrafttreten der Verordnung die Umstellung der Buchführung auf eines der genannten Zahlungsmittel erfolgt, sind die Bücher mit dem 31. Januar d. J. abzuschließen. Diese Umrechnung hat nach dem auf Grund der amtlichen Berliner Kurse für die Auszahlung errechneten Mittelkurse des letzten Börsennotiztages im Monat Januar 1924 zu erfolgen. Als Goldmark im Sinne der Verordnung gilt der Gegenwert von 10/42 des nordamerikanischen Dollars. Die Bücher gelten auch dann im Sinne des betreffenden Artikels als auf wertbeständiger Grundlage geführt, wenn in ihnen sämtliche Geldbeträge in Billmark (eine Billion Papiermark) oder in Rentenmark unter Beachtung der Bestimmungen des § 3 so lange gebucht sind, als der Wert einer Billmark oder einer Rentenmark gleich dem Werte einer Goldmark gilt. Dazu bestimmt der mehrfach genannte § 3, daß die Führung der Bücher unbeschadet der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bedingungen erfolgt sein muß:

1. Die Bestände nach der Eröffnungsbilanz auf den 1. Januar 1924 müssen für die Buchführung in wertbeständiger ausländischer Währung in diese Währung umgerechnet sein, und zwar auf Grund der amtlichen Berliner Mittelkurse für Auszahlung.

2. Sämtliche Geschäftsvorfälle müssen jeweils unverzüglich in die Bücher eingetragen sind. Sofern hierbei die Buchungen solche Zahlungsmittel betreffen, in denen die Bücher nicht geführt werden, sind diese Zahlungsmittel der in den §§ 1 und 2 bezeichneten Art unverzüglich auf die Buchung zu erfolgen. Der Umrechnung ist der zur Zeit des gebuchten Vorganges maßgebende Mittelkurs zugrunde zu legen. Die Verordnung tritt mit dem Tage in Kraft, der auf ihre Verkündung im Reichsgesetzblatt erfolgt.

### Die Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung.

Wie der amtliche „Preußische Pressedienst" mitteilt, gibt der Minister für Handel und Gewerbe die Einwilligung zur Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung nur ausnahmsweise, und in der Regel nur dann, wenn durch sie für den deutschen Handel und die deutsche Industrie die Beschaffung von Rohstoffen im Auslande ermöglicht wird. Im übrigen werden die Antragsteller auf das Gesetz über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juni 1923 verwiesen.

### Erstattung und Nacherhebung von Ausfuhrabgaben

Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministers der Finanzen, die in den nächsten Tagen im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden wird, wird bestimmt, daß Ausfuhrabgaben unter 50 Goldmark für eine Ausfuhrbewilligung weder nacherhoben noch erstattet werden. Ausfuhrabgaben von 50 Goldmark und darüber für eine Ausfuhrbewilligung werden nur erstattet, wenn der Antrag spätestens am 15. Februar bei der Stelle, welche die Ausfuhrbewilligung erteilt hat, oder bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung eingegangen ist.

## Aus der Beamtenwelt

*Um rege Mitarbeit der interessierten Kreise wird gebeten*

(„Der Beamtenbund", Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, bringt in seiner letzten Nummer einen beachtenswerten Aufsatz. Wir bringen ihn nachstehend vollständig zum Abdruck, da er dem einzelnen Beamten vieles sagt, den nichtbeamteten Kreisen viel zu denken gibt. Red. d. S.-Z.")

Die tiefe Verärgerung der gesamten deutschen Beamtenschaft sucht allmählich sich irgendwie Luft zu machen. Nicht in starken Worten, in stürmischen Versammlungen, in schnell verpuffenden Aeußerlichkeiten, sondern in einer dem Fernstehenden noch kaum erkennbaren Bewegung, die größtenteils auf Verneinung, zum Teil aber auch auf positive Ziele gerichtet ist. Es ist nicht unsere Absicht, uns in Andeutungen zu ergehen, nur ahnen zu lassen, was vor sich geht, um über das Ganze einen Schleier des Geheimnisvollen zu verbreiten. Forderungen und Anregungen, wie sie jüngst aus der Beamtenschaft zahlreich an uns herangetreten sind, mögen vielmehr Grund und Sinn der Bewegung deutlich machen.

Sie gehen zunächst von der Ueberlegung aus, daß zwar von der Beamtenschaft äußerste Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit verlangt werde, daß diese aber weit davon entfernt sei, ihre Pflicht gegenüber der Beamtenschaft zu erfüllen. Der Verneinung, wie sie in der Verminderung der Gehälter, im Beamten-Abbau, in der Vernichtung der Beamtenrechte zum Ausdruck komme, müsse, so wird gefordert, ebenfalls eine Verneinung entgegengesetzt werden, und zwar in der Weise, daß sämtliche Beamte die von ihnen freiwillig übernommenen Ehrenämter in Reich, Staat, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften niederlegen. Der Beamte, so wird betont, ist zwar verfassungsmäßiger Diener des Volkes, hat aber, abgesehen von der jedem Staatsbürger auferlegten gesetzlichen Pflicht zur Uebernahme gewisser Ehrenämter, keinerlei gesetzliche Verpflichtung, auch noch über das schlecht bezahlte Amt hinaus seine Kräfte der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, und eine moralische Verpflichtung besteht so lange nicht, als sie ihm gegenüber auch nicht erfüllt wird. Man sieht zum mindestens hieraus, welchen Grad die Verbitterung der Beamten erreicht hat, und es muß in der Tat verständlich erscheinen, wenn sie sich von allem zurückzuziehen suchen, wenn ihr Groll sich zu einer Abkehr von den über ihr Amt hinausgehenden öffentlichen Aufgaben verdichtet. Es wäre der sichtbar in Erscheinung tretende Abbau des Staatsgedankens, und zwar gerade bei denjenigen, die bislang seine stärksten Träger waren. Ein Jammer ist es, daß heutigen Tages so die wertvollsten Güter verwirtschaftet werden. Niemand wird leugnen wollen und können, daß es insbesondere die Beamten waren und sind, die ihre Erfahrungen, ihr Können und Wissen in uneigennützigster Weise in den Dienst des öffentlichen Lebens stellten, daß sie dem Werte dieser ihrer Betätigung nach wie auch zahlenmäßig sich in hervorragender Weise an den Allgemeinaufgaben beteiligten. Gelegentliche statistische Erhebungen einzelner Beamtenkategorien über die Betätigung ihrer Angehörigen im öffentlichen Leben beweisen dies. Sollen sie nun verbittert und verärgert beiseite stehen? Für die Allgemeinheit wäre das fraglos ein empfindlicher Verlust, anderseits aber darf auch nicht übersehen werden, daß damit die Kluft zwischen Volk und Beamtenschaft erheblich verbreitert und vertieft werden würde, daß die Beamtenschaft in ihrer Isolierung mehr und mehr als Fremdkörper empfunden werden müßte. Jedenfalls müßte eine

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

solche Entfremdung zwischen Volk und Staat einerseits und Beamtenschaft anderseits auf die Dauer zu ganz unerträglichen Verhältnissen führen. Unsere Bestrebungen waren stets auf das Gegenteil gerichtet, die Politik aber, die seit geraumer Zeit von Staates wegen getrieben wird, ist ganz dazu angetan, Gedankengänge der hier wiedergegebenen Art auszulösen, die auch wenn sie nicht zur Tat führen, doch ein tiefes Bedauern aufsteigen lassen, daß es hat so weit kommen können. Die hier sich offenbarende, auf Verneinung gerichtete innere Einstellung vieler Beamten ist auf alle Fälle einer der schlimmsten „Erfolge" staatlicher Beamtenpolitik.

Weit entschiedener noch tritt diese Verneinung hervor, soweit die eigentlichen Träger der Verantwortung für alles das in Frage kommen, was den Beamten in jüngster Zeit zugefügt worden ist. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß nicht nur im Empfinden des Volkes überhaupt, sondern namentlich auch in dem der Beamtenschaft der deutsche Reichstag als so ziemlich abgewirtschaftet gilt. Wenn er es für zulässig und möglich, ja für nützlich und gut erachtet, sich in den Lebensfragen der Beamtenschaft selbst auszuschalten, dann wird man nicht gut verlangen können, daß die Beamten noch große Stücke auf das Parlament setzen. Vergleiche mit früher drängen sich auf. Die Beamtenschaft war gewohnt, den Reichstag als höchste Instanz für ihre Angelegenheiten zu betrachten, und so wenig wir uns auch nach der Petitions-Wut und -Flut der alten Zeit zurücksehnen, so darf doch gesagt werden, daß der Reichstag manche den Beamten günstige Korrektur an Regierungsvorlagen vornahm, daß er sich oft genug und durchaus nicht ohne Erfolg für die Beamten ins Zeug legte. Heute geht ein verheerender Sturm über die Beamtenschaft hinweg — und der Reichstag? Nichts! Er ist einfach nicht da. Oder doch: eine bescheidene Säule, eine gutachtlich zu hörende Kommission, zeugt von entschwundener Pracht. Früher konnte man so etwas wie eine große beamtenpolitische Debatte im Reichstage hören. Auch das sind nichts als Bilder der Vergangenheit. Gewiß, die Struktur des Staates ist eine andere geworden, aber das rechtfertigt die Passivität des Reichstages keineswegs, denn schließlich heißt parlamentarisch regieren doch wohl nicht — ohne Parlament regieren, wenngleich wir uns auch nachgerade an die Umkehrung aller Begriffe haben gewöhnen müssen. Daß dadurch das ganze parlamentarische System in Mißkredit gerät, ist eine Folgeerscheinung, die von nicht wenigen gewollt wird, welche nicht müde werden, das Gegenteil zu betonen. Jedenfalls kann man ein begeisterter Anhänger des Parlamentarismus sein und sich doch für diese seine Art herzlichst bedanken, ja, gerade wer das ist, wird die augenblickliche Regierungsweise schwerlich gutzuheißen vermögen. Im Grunde genommen regiert heute die hohe Bürokratie, und zwar selbstherrlicher als je, mindestens soweit die Beamtenverhältnisse in Frage kommen. Was die sich schon aus einem „Ueberwachungsausschuß" macht! Wo es ihr doch mehr als einmal gelungen ist, ihren Willen gegen die Stimmung des Parlaments durchzusetzen. Die ehemalige höchste Instanz in Beamtenangelegenheiten führt in der Hinsicht nicht viel mehr als ein Schattendasein.

Mißstimmung gegen den Reichstag, wie sie innerhalb der Beamtenschaft in höchstem Maße vorhanden ist, braucht noch nicht Mißstimmung gegen alle politischen Parteien, noch weniger gegen den einzelnen Abgeordneten zu sein. Beispiele hingebungsvoller, höchst dankenswerter Arbeit einzelner könnten wir anführen, sie soll auch durchaus anerkannt werden. Es ist aber hier wie mit der Allgemeinheit: der Beamte sieht nicht nur, sondern fühlt am eigenen Leibe das Versagen im ganzen, und so ist es erklärlich, daß auch hier nicht wenige sich ganz allgemein auf die Verneinung einstellen. Wenn wir vorhin die an uns ergangenen Anregungen erwähnten, die Beamten möchten sich aus allen öffentlichen Ehrenämtern zurückziehen, so müssen wir nun hinzufügen, daß man dabei ganz besonders auch an die Aemter dachte, die viele Tausende von Beamten in den politischen Parteien innehaben. Niederlegung aller parteipolitischen Aemter ohne Unterschied der Partei: so klingt es uns vielfach entgegen. Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß auch hier unsere Bestrebungen stets das Gegenteil wollten: Hinein in die politischen Parteien, um politischen Einfluß zu gewinnen! Auch heute müssen wir sagen, daß wir eine politische Abstinenz der Beamten weder für ratsam noch für richtig halten können. Im Gegenteil, äußerste Aktivität, zumal im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, scheint uns weit eher am Platze zu sein. Immerhin, solche Anregungen sind doch äußerst charakteristisch für die gegenwärtige Stimmung der Beamten, eine Stimmung, das braucht nicht verschwiegen zu werden, die mehr als einen zureichenden Grund hat. Nun geht es schlechterdings nicht an, sich lediglich auf die Verneinung zu stellen und sich tatenlos in den politischen Schmollwinkel zurückzuziehen. Zunächst: für das, was geschehen ist, wird unerbittlich Rechenschaft verlangt werden müssen. Die in absehbarer Zeit einsetzenden Wählerversammlungen werden dazu ausreichende Gelegenheit bieten. Vielleicht gelingt es vielerorts, alle die schönen Versprechungen vor der letzten Reichstagswahl aus der Versenkung emporzuziehen, um sie dem trüben Lichte der Gegenwart auszusetzen und festzustellen, was unter der parlamentarischen Behandlung denn nun letzten Endes aus ihnen geworden ist. Wir könnten uns denken, daß einzelne Fragen, wie beispielsweise das Beamtenvertretungsgesetz, von dem beiläufig richtiggehende Politiker kaum noch im Flüsterton zu sprechen wagen, einen abendfüllenden Stoff abzugeben vermöchten, wie wir uns überhaupt vorstellen können, daß ein von allen Unbilden durchrüttelter Beamter im und außer Dienst die geeignete Persönlichkeit wäre, aus der letzten Legislaturperiode für sich, für andere und im ganzen das richtige Ergebnis zu ziehen. Wir haben gar keine Veranlassung, in der großen politischen Auseinandersetzung, die zweifellos kommen wird und unbedingt kommen muß, um überhaupt eine gedeihliche Regierungsweise zu ermöglichen, unserseits allen Groll hinunterzuwürgen oder passiv beiseite zu stehen. Im Gegenteil, dann ist es Zeit, die Ventile weit zu öffnen, scharfe Kritik zu üben, aber auch mitzubauen an der neuen Grundlage unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Kleine Verschiebungen da und dort werden diesmal ganz gewiß nicht das Ergebnis des politischen Kampfes sein. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß eine große Neugruppierung der politischen Kräfte im Werden ist. Wo immer man parteipolitisch stehen mag, jeder wird anerkennen müssen, daß unter den gegebenen Verhältnissen keine Regierung denkbar ist, die sich auf eine große kompakte politische Macht zu stützen vermag. Und doch, wie anders sollte eine starke, von Interessentenwirtschaft freie Regierungspolitik möglich sein? Es wäre ein politisches Versagen des deutschen Volkes und damit ein Bankerott des politischen Systems, wenn es nicht gelänge, eine wirkliche wahrhaft politische Macht zu schaffen als Träger einer Regierungsgewalt, die, frei und unabhängig von der Geldbeutelpolitik bestimmter Interessentengruppen, imstande ist, eine starke, stetige, von großen Gesichtspunkten aus geleitete Politik zu treiben. Da das, was sich gegenwärtig unseren Augen darbietet, dazu schlechterdings keine Möglichkeit gibt, so kann nur eine Neuorientierung und Neugruppierung der politischen Kräfte die notwendige Grundlage zu der eben gekennzeichneten Regierungsgewalt schaffen. Und hier ist es, wo die mehrfach erwähnten, zunächst auf Verneinung gestellten Anregungen aus der Beamtenschaft ihren Durchbruchspunkt zu positiveren Zielen finden, hier ist der Punkt, von dem aus neue Hoffnungen auch der Beamtenschaft ausstrahlen. Verneinung der Gegenwart mit allen ihren Unzulänglichkeiten und Unvollkommenheiten bedeutet gewiß nicht auch die Verneinung der Zukunft. Die Beamtenschaft will mitbauen am neuen Werke und sie wird mitbauen, auch auf die Gefahr hin, daß die zunächst besonders von ihr zu leistende Aufräumungsarbeit vielerorts recht unliebsam empfunden wird. Gewiß, heute haben noch Groll und Verbitterung die Oberhand, aber in ihnen liegen doch letzten Endes die starken Antriebe zu einer Erneuerung und Vervollkommnung unseres staatlichen und Volkslebens, und insofern mögen sie, weiter gesehen, schließlich doch ihr Gutes haben, denn satte Zufriedenheit hat noch nie den Anstoß zu großen Taten gegeben. Die Beamtenschaft ist aufgerüttelt bis zum letzten Mann. Mit ihrer äußersten Aktivität wird zu rechnen sein, wenn es gilt, die Schlußrechnung zu ziehen und der deutschen Zukunft neue Grundlagen zu schaffen.

## Rechtsschutz für abgebaute Beamte.

Dresden, 31. Jan. Von dem Landesverbande der höheren Beamten Sachsens wird uns geschrieben: Das soeben verkündete sächsische Personalabbaugesetz vom 29. 1. 1924 (Sächs. Gesetzbl. Seite 43 ff.) trägt dem von der Beamtenschaft vertretenen Verlangen nach einem Rechtsschutze wenigstens insofern Rechnung, als nach § 13 der abgebaute Beamte binnen einer Woche nach Eröffnung des Abbaubeschlusses Einspruch einlegen kann, über den eine paritätisch zusammengesetzte Schiedsstelle entscheidet. Den Einspruch muß der Beamte nach dem Gesetze „durch Vermittlung seiner Organisation" erheben. Als Organisationen im Sinne dieser Bestimmung gelten die Landesspitzenorganisationen, für die Mitglieder des Reichsbundes der höheren Beamten daher dessen Landesorganisation, der Landesverband der höheren Beamten Sachsens, e. V., Dresden-A. an der Frauenkirche 12, Erdgeschoß (Fernruf Dresden Nr. 16426). Die auf Grund der Notverordnung bereits für den 1. Februar verabschiedeten Beamten können nach § 41 des Personalabbaugesetzes die Schiedsstelle innerhalb einer Woche, gerechnet von dem Tage nach der Verkündung des Gesetzes, gleichfalls anrufen. In diesen Fällen genügt die Einreichung bei der Anstellungsbehörde. Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden, daß die vorgeschriebene Berücksichtigung der wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse oder die politische, konfessionelle, gewerkschaftliche Neutralität verletzt sei. Ein Beamter, dessen Abbau mit dem Werte seiner dienstlichen Leistungen begründet sind, kann aber gleichwohl die Schiedsstelle anrufen, wenn er Anlaß zu der Annahme hat, daß der wahre Grund ein anderer sei. Diese letztere Möglichkeit ergibt sich aus einer Erklärung, die unmittelbar vor Verabschiedung des Gesetzes im Plenum des Landtages der Abgeordnete Blüher „im Einverständnis mit den beiden Herrn Berichterstattern und namens der sämtlichen an der Koalition beteiligten Parteien" abgegeben und „als für die Anwendung des Gesetzes von entscheidender Bedeutung bezeichnet hat.

## Arbeiter und Angestellte

### Eisenbahner und Arbeitszeitverlängerung

Berlin. Die vom Deutschen Eisenbahnerverband eingeleitete Abstimmung über die Arbeitszeitverlängerung hat erfreulicherweise eine Klärung der Lage gebracht, die nicht nur für die öffentlichen Betriebe, sondern auch für die Privatindustrie von großer Bedeutung ist. Die Frage, ob durch einen Streik die Arbeitszeitverlängerung bekämpft werden soll oder nicht, hat die Eisenbahnarbeiter offenbar viel weniger bewegt, als man in gewerkschaftlichen Kreisen glaubt annehmen zu können. Durchschnittlich haben noch nicht einmal 50 Prozent der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes an der Abstimmung teilgenommen. Damit ist jeder einheitliche Streik von vornherein ausgeschlossen. Schätzungsweise hat sich noch nicht einmal ein Drittel der in den Eisenbahnbetrieben tätigen Arbeiter gegen die Arbeitszeitverlängerung erklärt.

*

**Leipzig. (Metallarbeiterstreik in Leipzig.) Die Metallarbeiter in Leipzig sind in den Streik getreten, nachdem vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden war, der eine Erhöhung der Arbeitszeit auf wöchentlich 54 Stunden und einen Spitzenlohn von 45 Pfennig vorsah. Die Arbeit ruht in fast allen Betrieben.**

**Magdeburg. (Ablehnung eines Metallarbeiterstreiks.) Da bei der Abstimmung der Metallarbeiter und der Angehörigen verwandter Berufe über den Schiedsspruch eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, wird die Arbeit wieder aufgenommen.**

**Elberfeld. (Die Streikbewegung im Westen.) Die städtischen Arbeiter in Barmen sowie die Angestellten der Straßenbahnen und der Bergbahn, die den Verkehr nach Schwelm und Haßlinghausen versieht, traten in den Ausstand. In den städtischen Krankenanstalten versehen die Heizer den Dienst weiter. Bei den Wasser- und Lichtwerken werden die Notstandsarbeiten verrichtet. Infolge des Streiks der städtischen Arbeiter müssen in den Stadttheatern von Elberfeld und von Barmen die Vorstellungen ausfallen. Die Müllabfuhr mußte in beiden Städten unterbleiben. Die Verhandlungen im Textilarbeiterstreik haben sich zerschlagen.**

**Elberfeld. (Der Stand des Streiks.) Die Streikbewegung im Wuppertal dauert unverändert an. Die Metall- und Textilarbeiter, die Fuhrleute, Kraftwagenführer und Buchbinder haben nirgends die Arbeit wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich die Lage insofern etwas verändert, als nunmehr auch die Gefahr besteht, daß sich das Personal der Barmer städtischen Straßenbahn und der Bergbahn sowie die Arbeiter des städtischen Gas- und Wasserwerks der Ausstandsbewegung anschließen.**

**Elberfeld. (Ausdehnung des Streiks auf die Post.) Dem Streik der Transportarbeiter schlossen sich auch die Fuhrleute der Elberfelder Posthalterei an. Deshalb mußte die Paketzustellung in Elberfeld vorläufig eingestellt werden.**

**London. (Der Textilarbeiterstreik in Indien.) Wie aus Bombay mitgeteilt wird, hat sich der Ausstand der Textilindustrie ausgedehnt und sogar bedenklichen Umfang angenommen. Die Zahl der Streikenden beträgt zurzeit 100 000. Man vermutet, daß der Streik indessen nur von kurzer Dauer sein werde, da die Ausständigen nicht über genügend Geldmittel verfügen.**

---

## Schicksalswege.

60

Amerikan. Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) [Amerikan. CopghʒiʒgyrMθu nL 21 r Bo. 1 tL.t, Dresden-21.]

(Schluß.)

„Ich bin überzeugt, daß meine Drohung nicht notwendig sein wird. Du wirst mit dir reden lassen und zwar in Güte."

Die Adern an den Schläfen des Alten schwollen an wie dicke Stränge. Er schwieg und trat noch näher an Melbourne heran. Seine Stimme klang rauh: „Du wirst dir überlegen, mich zwingen zu wollen!"

„Du solltest mich besser kennen. Ich tue nie mehr, als was ich für notwendig halte."

„Diesmal nicht. Dein Verstand scheint dich verlassen zu haben."

Unerwartet straffte sich Bonifaz, seine dürren Finger umklammerten den Hals Melbournes; er riß den bedeutend Stärkeren mit seinem eigenen Körpergewicht zu Boden. Die knochigen Hände krallten sich um den Hals des auf den Dielen Liegenden fest. Vergebens wehrte sich Melbourne, der nur noch röchelte. Bonifaz schrie: „Zwingen willst du mich? He! Drohen — mir? Du bist nicht der erste! Du wirst schweigen lernen."

Mit den Händen und Füßen schlug Melbourne um sich. Der tierisch wütend gewordene Alte achtete nicht darauf. Schwarzer Nebel legte sich um Melbournes Augen; er röchelte nicht mehr.

Während des erbitterten Ringens war die Tür aufgerissen worden und mehrere Männer drangen ins Zimmer. Inspektor Rebstein schrie: „Faßt an! Reißt sie von einander. Fesselt sie."

*

Inspektor Rebstein legte eine Waffe auf den Schreibtisch des Staatsanwaltes Doktor Kerscher. Gut gelaunt sagte er: „Das Ergebnis der Haussuchung war überraschend; wir fanden einen dreikantigen Dolch, an dem noch Spuren vertrockneten Blutes klebten."

Der Staatsanwalt betrachtete die Waffe mit besonderer Aufmerksamkeit. „Seltsam, daß die meisten Verbrecher solche Nachlässigkeiten begehen."

„Er hätte diesen Beweis gegen ihn doch leicht vernichten können. Seltsam bleibt trotz allem, daß der Ermordete die Anklage gegen den Sohn hinterlassen konnte."

„Auch darüber sind wir im klaren. Sie erinnern sich, daß die Anklage auf einen abgerissenen Zettel geschrieben war?"

„Ja!"

„Der fehlende Teil dieses Papiers ist gefunden worden. Im gleichen Versteck, in dem ich den Dolch entdeckte. Hier ist die andere Hälfte."

Der Staatsanwalt besah auch dieses Stück aufmerksam, indes Rebstein die Erklärung gab: Legt man die beiden Bruchstücke aneinander, so ergibt sich ein überraschender Wortlaut der letzten Anklage des Ermordeten: Malefaz, nicht mein Sohn, war der Mörder."

Ein langes Schweigen folgte. Dann sagte der Staatsanwalt: „Dann ist es auch wahr gewesen, was Anton von Regensperg von seiner Mutter erzählte?"

„Ja! Der lange Ben oder Bonifaz Hellmannsberger, wie sein richtiger Name sein mag, gestand, daß er in die Kneipe an Frau Eva Löndström einen versiegelten Umschlag getragen hatte, der jenes Geld enthalten haben muß, das Anton von Regensperg von seiner Mutter erhielt."

„Hat er sich zur Tat bekannt?"

„Ja!"

„Warum beging er den Mord?"

„Er kannte das erste Testament; er wußte, daß er erben würde. Das war der Grund gewesen. Dann hatte er den von dem Ermordeten geschriebenen Zettel gefunden, dessen Hälfte er aufbewahrte. Am Morgen hatte er seine Rolle gespielt, das Frühstücksgeschirr fallen lassen und war dann zur Polizei gelaufen. Als er erfahren hatte, daß das Testament geändert worden war, glaubte er sich um den Lohn seiner Tat betrogen. Da sich Axel von Regensperg nicht als Zeuge meldete, und da Bonifaz wußte, daß dieser noch um Mitternacht bei dem Ermordeten gewesen war, benützte er diesen Umstand, um auf andere Weise den Betrag, der ihm im ersten Testament bestimmt war, zu erlangen."

„Er hat alles eingestanden."

„Ja!"

„Auch daß er der lange Ben war?"

„Gewiß!"

„Und Melbourne?"

„Ist der entsprungene Franz Henecke; er wird den Rest von damals abbüßen und wegen Erpressungsversuch verurteilt werden."

Ena trug Trauerkleider, wenn auch ihr Herz längst frei geworden war und nichts mehr für den toten Fürsten fühlte.

Was halb schlummernd in ihr geruht, war ihr zu klarem Bewußtsein geworden, die Herzensneigung zu Anton, den sie heute erwartete.

Unangemeldet, mit raschen, leichten Schritten war er eingetreten. Ohne Bart sah er wieder aus wie früher. Seine Augen leuchteten lebhaft; seine Stimme klang hell: „Ena, ich bin frei! Das Urteil ist gesprochen. Frei! Die Schuld ist von mir genommen und der Fluch, das Verhängnis, das auf den letzten dreien unseres Namens lag."

„Ich bin glücklich für dich! Ich wußte ja, daß du schuldlos warst."

„Jetzt hab' ich ein Recht, in meiner He[imat] zu sein. Und nun etwas, was mich glücklich macht."

Ein fragender Blick streifte ihn.

„Die Hoffnung auf ein Glück ist es, die ich nun wieder hegen darf. Was ich gelitten habe, wird durch die Hoffnung auf dieses Glück jetzt schon aus meinem Gemüt schwinden. Ena! Wenn die Zeit der Trauer vorüber ist, willst du dann ein neues Leben mit mir versuchen? Einmal sagtest du, allein sollte ich nicht in die Verbannung, in die Fremde gehen. Nun frage ich: So wie du damals mit mir gegangen wärst, willst du nun in der Heimat bei mir bleiben?"

„Ja! Ich will! Ich mußte erst erfahren, was Liebe ist. Nun weiß ich es!"

„Ena!"

So fanden Ena und Anton das Glück. Das Verhängnis war ihnen zum Glück geworden, und das Glück blieb ihnen treu.

Anton hatte es abgelehnt, als nach seiner Rechtfertigung Axel sein Erbteil an ihn zurückgeben wollte; er war zufrieden, daß er Enas Liebe gefunden hatte, die ihm mit ihrer Liebe die andere Hälfte des Erbes zurückgebracht hatte.

Frau Ada fand den Weg zu Axel — langsam, aber doch so stetig, daß es wie eine Heilung, wie eine Genesung war. Und als Axel mit seiner Erfindung Erfolg erzielte, kam auch zwischen diesen Gatten Versöhnung und Verstehen zustande.

— Ende. —

## • Rechtsprechung •

# Das Recht am eigenen Körper.

Juristische Plaudereien von Dr. Buerschaper, Dresden.

Ist der menschliche Körper eine Sache? Kann der Mensch frei über Teile seines Körpers verfügen? Sie vernichten, veräußern? Shylock, in Shakespears „Kaufmann von Venedig" bejaht es, er hält sich berechtigt, dem Antonio, da ihm dieser das Darlehen nicht zurückgezahlt, „ein volles Pfund von seinem Fleische aus dem Leib zu schneiden. Der Doge und die Balthasar-Porzia billigen diesen Rechtssatz als „gültig nach den Gesetzen der Republik". Diese Auffassung, der Körper gehört zu den Sachen, ist uralt. Das älteste Gesetz der Römer, die 12 Tafeln, erlaubt nämlich das Zuteilezerschneiden des zahlungsunfähigen Schuldners. Derselbe Satz ist die Grundlage der ganzen Kultur des Altertums gewesen, der Sklaverei. Ob der Sklave verletzt, getötet, verschenkt wurde, ging nur den Herrn etwas an, und keiner der großen Philosophen und Juristen Roms, kein Dichter des Künstlervolkes der Hellenen hat sich darüber Gedanken gemacht. Diese Anschauung hat verblaßt noch nachgewirkt bis — ins 19. Jahrhundert. Die früheren Strafgesetze Sachsens und Preußens bezeichneten den Diebstahl an Körperteilen als Sachdelikt. Ist nach unserem Recht der Leib eine Sache? Wir dürfen rundweg sagen: Nein, weder der lebende noch der tote. Mancher mag das merkwürdig finden: „Ich kann doch mit meinem Körper machen was ich will: ich kann meine Haare und Glieder abschneiden, die Zähne herausnehmen lassen, ohne jemand darum zu fragen! Na, die Juristen . . .!" Wir wollen an einem Beispiel zeigen, daß jener Rechtssatz nicht einer juristischen Tüftelei zu Liebe aufgestellt worden ist, sondern praktisch wichtig ist. Dieses Beispiel ist ein Leckerbissen auf der sonst frugalen Tafel der Jurisprudenz: Ein Händler beschwatzt ein Mädchen, ihm die schönen Zöpfe zu verkaufen. Das Mädchen erst willig, lehnt schließlich ab; der Händler aber besteht auf seinem „Schein" und schneidet kurzerhand den einen Zopf ab, den andern klagt er „heraus". Der Richter weist die Klage ab, denn der Zopf ist im Augenblick des Vertragsschlusses keine Sache, sondern Bestandteil einer Person gewesen, konnte nicht Gegenstand besonderer Rechte sein, ein Vertrag ist mithin nicht zustande gekommen, zudem würde der Vertrag gegen die guten Sitten verstoßen und nichtig sein (§ 138 BGB.). Anders, wenn der Zopf schon abgeschnitten gewesen wäre, als gehandelt wurde, dann kam ein wirklicher Vertrag über den zur Sache gewordenen Zopf zustande, der Händler kann auf Kauferfüllung klagen. Was den vom Händler trotz Protestes abgeschnittenen Zopf anlangt, so liegt der Fall kurios: Ein Diebstahl oder eine Sachbeschädigung kann zwar nicht in Frage kommen, vielleicht eine Körperverletzung (wird auch bestritten, da durch das schmerzlose Zopfabschneiden keine „Störung des körperlichen Wohlbefindens" einzutreten braucht). Nach der Rechtsprechung liegt eine Beleidigung vor.

Wie steht es nun mit der Leiche? Hier, meint jeder, sei jeder Zweifel ausgeschlossen: Die Leiche ist eine Sache. Der Fachmann sagt lächelnd: Zwei Ansichten stehen sich gegenüber. In einem Falle wird die Leiche allerdings als Sache behandelt, bei ihrer Auslieferung an Anatomien, zu wissenschaftlichen Zwecken, aber auch nur dazu. Keinesfalls ist die Sachqualität der Leiche soweit dehnbar, daß der Anatomiediener einzelne Teile an Wissensdurstige verkaufen darf. Daß in diesem Falle der Grundsatz: Auch der tote Mensch ist keine Sache, verlassen wird, hat seine Berechtigung: Das Wohl der Allgemeinheit, der Zweck der Zerstückelung ist wichtiger als Pietät und Sitte. Außerdem handelt es sich um Leichen, deren Deardation zur Sache keinem weh tut: Verbrecher, Unbekannte, Elende.

Sonst gilt: Die Leiche ist keine Sache, Entwendung von Leichenteilen ist nicht Diebstahl, sondern religiöses Delikt. Eine interessante Frage bleibt offen. Kürzlich verkaufte eine berühmte Sängerin ihren Kehlkopf nach ihrem Tode einer Klinik. Ist ein solcher Handel über den künftigen toten Körper wirksam, so daß die Klinik gegen die Erben auf Ueberlassung des Kehlkopfes klagen könnte? Bejahen wir das, so tut sich eine wunderbare Perspektive auf: Die Klinik muß sich beeilen, den Leichnam in brauchbarem Zustande zu erhalten. Soll sie schnell eine einstweilige Verfügung erwirken? Oder was sonst tun? Der Jurist, der alles wissen soll und auch alles weiß, — wenigstens versichert er es uns — soll auch diese Nuß knacken! Der eine sagt, ein solches Geschäft verstoße gegen die guten Sitten, der andre hält das Geschäft für gültig. Das alte Würfelspiel der Juristen!

## Der deutsche Richterbund zur Strafgerichtsreform.

Wie dem WTB. vom Deutschen Richterbund mitgeteilt wird, faßt dessen Strafjustizkommission zur Strafgerichtsreform folgende Entschließung:

Die deutsche Richterschaft begrüßt die Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der Strafjustiz. Zwar sind über einige Einzelheiten der Verordnung die Meinungen der Richter geteilt. Es ist zweifelhaft, ob die höchsten deutschen Gerichte noch ebenso gründliche Arbeit werden leisten können, wenn künftig die Senate des Reichsgerichts statt mit sieben nur noch mit fünf Richtern, die Senate der Oberlandesgerichte statt mit fünf nur noch mit drei Richtern besetzt sind. Auch werden viele erfahrene Kriminalisten bedauern, daß der Staat mit der Abschaffung der Strafkammern die bewährte Waffe zur Bekämpfung des gewerblichen Verbrechertums aus der Hand gelegt hat. Diese Nachteile werden aber durch die Vorteile aufgehoben. In den Gerichten erster Instanz und in der Berufungsinstanz, überall sitzen Männer, Frauen aus dem Volke neben den Berufsrichtern. Sie arbeiten als Schöffen Hand in Hand mit den Richtern, nicht mehr wie bisher im Schwurgericht, scharf von ihnen getrennt. Jedermann weiß, daß das verfehlte Trennungsprinzip des Schwurgerichts oft zu schweren Fehlsprüchen geführt hat. Der Schaden ist jetzt beseitigt: ein großes Schöffengericht tritt an die Stelle des Schwurgerichtes. Die Richter erhoffen von der völligen Durchführung des Schöffenprinzips, mit dem sie durchweg gute Erfahrungen gemacht haben, eine bedeutende Stärkung des Volksvertrauens zur Strafrechtspflege.

Die Fälle, in denen die Verordnung gestattet, daß der Richter ohne Zuziehung von Schöffen als Einzelrichter entscheidet, sind sorgfältig ausgewählt und mit verschiedenen Sicherungsmaßregeln umgeben. Die Befürchtung, daß der Einzelrichter eine zu große Machtbefugnis erlange, ist daher unbegründet. Seine Befugnis, bei Erfüllung aller Vorbedingungen, auch Verbrechen abzuurteilen, kann das richterliche Verantwortungsgefühl nur stärken. Erfüllt ist auch die alte Forderung der Berufung gegen die Strafkammerurteile. Alle Urteile der an die Stelle von Strafkammern tretenden Schöffengerichte sind mit Berufung anfechtbar. Der Berufung unterliegen ferner die meisten Fälle von Verbrechen, die bisher von den Schwurgerichten abgeurteilt wurden und jetzt den Schöffengerichten zugewiesen sind. Erfüllt ist endlich das Verlangen nach der Mehrheit von zwei Dritteln Stimmen für eine jedem Angeklagten nachteilige Entscheidung auch in der Straffrage, sowie die lange gewünschte Durchbrechung des Legalitätsprinzips. Leichte Fälle, in denen die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, brauchen nicht mehr verfolgt werden. Dem deutschen Richterbund ist bekannt, daß die Verordnung in der politischen Tagespresse und insbesondere aus den Kreisen der Anwaltschaft vielfach abfällig beurteilt worden ist. Der Richterbund ist aber überzeugt, daß bei der praktischen Durchführung dieser Verordnung ihre Vorzüge bald allgemein erkennbar hervortreten werden.

•

**Ein gerichtliches Nachspiel zur Flucht Ehrhardts.** Die Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis (am 13. Juli v. J.) hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Leipziger Schöffengericht. Unter der Anklage der Begünstigung hatte sich der verantwortliche Schriftleiter der Leipziger Neuesten Nachrichten, Dr. Arno Günther, zu verantworten. Er hatte in einem Artikel des Blattes mitgeteilt, daß die Wohnung eines der Helfershelfer Ehrhardts polizeilich bewacht werde. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung.

**Spione vor dem Reichsgericht.** Vor dem Reichsgericht hatten sich die Filmschauspielerin Alwine Brusis und einer ihrer vielen Freunde, der Student der Chemie Heinz M., der aus begüterter rheinischer Familie stammt, wegen Spionage zu verantworten. Die Schauspielerin, über deren Nationalität nichts Bestimmtes mitgeteilt wurde, so daß man nicht erfuhr, ob sie Französin oder Deutsche ist, hatte Heinz M. und den Studenten der Medizin P. in Bonn kennengelernt und war zu den beiden jungen Leuten in Beziehungen getreten; außerdem unterhielt sie Beziehungen zu hohen französischen Offizieren und Diplomaten. Sie stand im Dienste Frankreichs und verleitete die beiden Studenten, mit denen sie größere Reisen machte, für die Franzosen Spionagedienste zu leisten. Der Mediziner P. wurde wegen dieses Verbrechens schon vor längerer Zeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und stand diesmal nur als Zeuge vor den Richtern. Der Chemiker wurde von Frankreich fest besoldet, und zwar mit 1000 Dollar pro Monat. Die Brusis und ihre Liebhaber hätten wahrscheinlich noch lange zum Schaden Deutschlands gearbeitet, wenn nicht durch Zufall ein Tagebuch der Filmdiva in die Hände des deutschen Spionageabwehrdienstes gefallen wäre: das Tagebuch enthielt nämlich genaue Eintragungen über die Liebes- und Spionageabenteuer der Brusis. Das Reichsgericht verurteilte die Verführerin zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust, und den von ihr verführten Studenten der Chemie zu sechs Jahren Zuchthaus.

**Im Genthiner Landfriedensbruchprozeß** verurteilte das Sondergericht in Magdeburg nach sechstägiger Verhandlung die Rädelsführer Kammradt und Hallmann wegen schweren Landfriedensbruches zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Sechs Angeklagte wurden wegen einfachen Landfriedensbruches oder Aufreizung zu Gefängnis von 6 Monaten bis zu 1½ Jahren, die übrigen Angeklagten zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Schwere Strafen gegen Milchpantscher.** Von der Strafkammer Hannover wurde der Molkereibesitzer Gerstenberger wegen Milchpantscherei zu vier Monaten Gefängnis und zweitausend Goldmark Strafe verurteilt. Der Milchhändler Bauermeister wurde aus demselben Grunde mit zwei Monaten Gefängnis und 1000 Goldmark Buße bestraft.

**Zuchthausstrafen für zwei zum Tode verurteilte Jugendliche.** Vor einer Berliner Strafkammer hatten sich am Montag zwei vor kurzem wegen der Tötung eines Polizeiwachtmeisters zum Tode verurteilte Neunzehnjährige, der Bureauschreiber Goldbach und der Arbeiter Janke, noch wegen mehrerer anderer Straftaten — Totschlagsversuch und Einbruch — zu verantworten. Die Angeklagten, die ein als Zeuge vernommener Kriminalkommissar nicht als Schwerverbrecher, sondern nur als leichtsinnige, arbeitsscheue junge Leute bezeichnete, und die nach den Gutachten der ärztlichen Sachverständigen geistig minderwertig sind, wurden auch diesmal verurteilt, und zwar Goldbach zu vier und Janke zu sechs Jahren Zuchthaus. Das Urteil erlangte gemäß den neuen Bestimmungen über die Strafrechtsreform sofort mit der Verkündung Rechtskraft.

**Todesstrafe für Bestechliche.** Aus Moskau wird gemeldet: Das Oberste Gericht fällte in einem Bestechungsprozeß gegen die Beamten der Fischereiverwaltung in Astrachan das Urteil. Wegen Mißbrauchs der amtlichen Stellung, Bestechlichkeit und betrügerischer Machenschaften mit den Fischvorräten wurden zwei Angeklagte zum Tode verurteilt.

## • Steuern · Zölle · Abgaben •

# Wirkungen der neuen Steuernotverordnung.

**Entwertungsausgleich. — Keine Friedensmiete 1924.**

In dem nunmehr vorliegenden Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist noch eine Anzahl Bestimmungen von Wichtigkeit, die im wesentlichen die Beschaffung der Mittel für die Länder, den Entwertungsausgleich und die Gestaltung der Mieten betreffen.

Die Länder erhalten am 1. Februar noch 50 % Zuschuß, am 1. März noch 25 % und am 1. April hört der Zuschuß auf. Zum Ausgleich ist den Ländern die gesamte materielle und finanzielle Regelung aller mit den bebauten Grundstücken zusammenhängenden Steuer- und Verwaltungsfragen wieder endgültig überlassen worden. Die Länder können daneben das Miet- und Wohnungsrecht selbständig regeln, mit der einen Einschränkung, daß sie bei Abweichungen vom Bürgerlichen Gesetzbuch der Zustimmung der Reichsregierung bedürfen. Sie können auch die Höhe der Mieten und die aus den Entwertungsgewinnen des hypothekarisch belasteten Hausbesitzes zu erwerbenden Steuern von sich aus festsetzen. Grundlage dieser neuen Mietzinssteuer ist die Aufwertung der Hypotheken sowie aller dringlichen Lasten und die Aufwertung langfristiger Kreditverträge in Höhe von 10 %.

**In diesem Jahre noch keine Friedensmiete.**

Die Mieten sollen allmählich, gemäß der Entwicklung der angemeinen Wirtschaftslage, der Friedensmiete angeglichen werden. Ihre Besteuerung muß so bemessen sein, daß dem Eigentümer von der Miete mindestens die Beträge verbleiben, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorkriegsmäßigen Ausgaben erforderlich sind. Diese Beträge müssen am 1. April d. J. 30 % der Friedensmiete erreicht haben. Von der Besteuerung sind im allge-

# Ein Schritt ins Unrecht.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Linke, Dresden-21

Kriminal-Roman von Arthur Winckler-Tannenberg.

„Ach, Papa, wenn Du geschäftliches Unglück hast, das kann sich wenden. Geld ist wieder zu gewinnen —"

„Wenn man jung ist, ja — ich bin alt."

„Lieber Papa, rede nicht so — —, Du darfst nicht verzweifeln."

„Ich bin mir klar. In ein paar Stunden kann es die ganze Stadt wissen, daß ich ein Bettler bin —"

Sie legte den Kopf auf sein Kissen.

„Hollmann sagt —"

„Hollmann war hier? Er wollte mich sprechen?"

„Ja, Papa, Du warst eben eingeschlafen —"

„Du hättest mich wecken sollen. Was sagte Hollmann?"

„Wenn die argentinische Ernte gut ist, könntest Du vielleicht die Geschichte überstehen —"

„Das sagte Hollmann! Der gute Kerl wird auf seine alten Tage leichtsinnig. Zwanzig Jahre ist er bei mir und in all der Zeit hat er niemals mit „vielleicht" operiert. Oder er wollte Dich trösten, mein bedauernswertes Kind —"

Da raffte sich Klara auf:

„Mich trösten, Papa, das ist nicht nötig. Ich verzage nicht. Es müssen sich so viele Menschen mittellos durchs Leben schlagen. Gut und rechtschaffen. Wir werdens auch, wenns sein muß."

„Argentinische — Ernte — der Narr! Die ist schlechter dies Jahr als je — der Narr! Ich muß es ihm selber sagen — Hollmann soll kommen! — Ich will aufstehen —, selbst auf die Börse will ich. Mita Neubert will ich sprechen, — ist auch ein Narr —, hat auch in Argentinien — — oder wars Sumatra —"

Ein wirres Gemurmel verschlang den Text.

Klara legte aus dem Eiswasser eine neue Kompresse auf die Stirn des Kranken, wie der Arzt es verordnet hatte, und nach einer Weile wurde der Phantasierende ruhiger.

Die Tochter aber saß am Bette und sann ins Dunkle. Einen Augenblick auch dachte sie an sich und ihr Schicksal.

Also arm würde sie sein, ganz arm. Und den Vater würde sie nicht verlassen dürfen.

Gewiß, Herberts Liebe hatte mit eigensüchtigen Motiven nichts gemein. Die reiche Erbin hatte er nicht begehrt, aber schwer treffen würde es ihn auch und warten würde sie müssen, lange warten, vielleicht viele Jahre. — Energisch riß sie sich los.

Der Kranke hatte sich gerührt.

Jetzt galt es, ihn zu retten, an ihn zu denken, an ihn allein!

Sie sah nach ihm.

Er hatte sich der Wand zugekehrt, der Atem ging rasch und heiß, aber immer gleichmäßiger, und jetzt war der Fiebernde eingeschlafen.

An die Tür pochte es leise.

Klara stand auf und öffnete.

Martha, das Dienstmädchen, reichte ihr eine Karte.

„Der Herr wünscht das gnädige Fräulein zu sprechen, da ich ihm sagte, daß der Herr krank wäre."

Klara konnte im Zimmerdunkel die Schrift der Visitenkarte nicht lesen.

„Warten Sie einen Augenblick."

Sie trat ans Fenster schob den Vorhang um Fingerbreite zurück und las:

Jan Volkmar
Beira,
Lorenzo Marques.

Einen Augenblick überlegte sie. Er wollte sie sprechen, der seltsame Fremde, der sich gestern sehr auffällig für des Vaters Sorgen interessiert hatte, ja der, wie sie sich wohl entsann, Andeutungen seiner Hilfsbereitschaft gemacht hatte.

War das eine Schicksalsfügung?

Er kam und fragte nach dem Befinden des Kranken. In dieser Teilnahmsstimmung sollte sie ihn sprechen können!

Wahrhaftig eine Schicksalsfügung, die sie nicht ungenutzt lassen wollte, so sehr ihr auch der Mann zuwider war mit seiner lüsternlistigen Art des Anschauens und seiner empfindungslosen Skepsis.

Sie ging zur Tür zurück.

„Führen Sie den Herrn in den Salon und dann kommen Sie hierher, mich auf ein halbes Stündchen abzulösen. Der Herr schläft, wenn er erwachen sollte, rufen Sie mich."

„Jawohl, gnädiges Fräulein."

Damit ging die Bedienstete.

Klara erneuerte die Kühlung des Wassers durch Einlegen von Eisstücken, legte eine frische Kompresse in das Becken und wartete.

Der Atem des Kranken ging etwas ruhiger.

Martha kam zurück.

„Ich habe dem Herrn den Pelz abgenommen. Er ist im Salon."

„Gut."

Klara ging in ihr Zimmer und trat einen Augenblick vor den Spiegel. Wie bleich sie aussah nach der aufregenden, schlaflosen Nacht. Bleich und doch schöner wie je.

Eine Minute darauf trat sie in den Salon.

Jan Volkmar erhob sich und ging ihr entgegen. Tief verneigte er sich und bot ihr den Morgengruß.

„Ihres Herrn Vaters Befinden hat sich nicht gebessert. Ich höre es von dem Mädchen —"

„Leider nicht."

Er sah sie an mit dem ungenierten Blick, den sie nicht leiden mochte. Lange, prüfend. Er studierte förmlich den zarten Reiz der jugendlichen Erscheinung.

„Das ist schade, ich hätte ihm vielleicht Vorschläge zu machen. Verstehen Sie mich recht, gnädiges Fräulein, nur Pläne, Ideen —"

„Ich verstehe. Wollen Sie nicht Platz nehmen?"

Sie setzte sich, und er folgte diesem Beispiele.

„Nur Pläne. Wirksame, praktische Hilfe würde sich natürlich an Bedingungen knüpfen."

„Diesmal verstehe ich nicht ganz, Herr Volkmar."

Ein sarkastisches Schmunzeln dehnte seine Lippen.

„Sonderbar, und gerade Sie wären es, die allein jene Bedingungen erfüllen könnten —"

„Ich? Jetzt, Herr Volkmar, verstehe ich gar nichts."

„Nun, Fräulein Grothe, dann liegt es vielleicht an der Ausdrucksform, deren ich mich bediene, ich kann deutlicher werden —"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

meinen die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen neuen Gebäudeteile auszuschließen. Für Eigenhäuser bestimmen die Länder, ob eine Befreiung oder Herabsetzung der Steuer einzutreten hat. Was als angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals betrachtet wird, wird den Ländern nicht vorgeschrieben, doch steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Mieten keinesfalls in diesem Jahre die Friedenshöhe erreichen können. Als Erträgnis der Mietzinssteuer sind in diesem Jahre im ganzen Reiche nur 600 Millionen veranschlagt. Vor dem Kriege haben die Wohnungsmieten im ganzen Reiche rund 5 Milliarden Mark betragen. Wenn die Mieten wieder die Friedenshöhe erreicht haben werden, könnte man auf ein Mietzinssteuererträgnis von 2½ Milliarden rechnen, von dem freilich ein starker Abzug für die abgetrennten Reichsteile zu machen wäre. Vorderhand aber kann noch nicht mit Friedensmieten gerechnet werden. Weiter müssen die starken Ausfälle berücksichtigt werden, die durch die zahlungsschwachen Mieter entstehen werden.

**Aufwertung und Entwertung.**

Für Forderungen, die bereits ohne Vorbehalt zurückgezahlt worden sind, kann eine Aufwertung nicht mehr gefordert werden, eine Anfechtung wegen Unkenntnis der Rechtslage gilt nicht. Für Privatschulden sieht die Steuernotverordnung grundsätzlich eine Aufwertung von 10 % vor. Für 1924 sollen überhaupt keine Zinsen, für 1925 1 %, für 1926 2 % usw. bezahlt werden, so daß erst 1929 der normale Zinsfuß von 5 % erreicht ist. Bei Pfandbriefen kam es darauf an, grundsätzlich eine Kategorie von Schuldnern von der Aufwertung auszuschließen, nämlich diejenigen, die die Pfandbriefe in spekulativer Absicht erworben haben. Darum wird die Aufwertung nur bei denjenigen Pfandbriefen zugestanden, die seit 1919 nicht ihre Besitzer gewechselt haben, oder die unter gesetzlichem Zwange etwa als mündelsichere Papiere erworben worden sind. Die Sparkassenguthaben sollen nicht aufgewertet werden. Der Gewinn, der den Sparkassen aus der Hypothekenaufwertung zufließt, soll durch die Länder zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist nach Auffassung der Regierung undenkbar. Daher soll für sie bis zur völligen Erfüllung des Versailler Vertrages ein Moratorium erklärt werden.

Vor einer Versammlung von Pressevertretern gab Reichsfinanzminister Dr. Luther Erklärungen über die Notwendigkeit der dritten Steuernotverordnung. Die Entscheidung des Reichsgerichts, die sich für eine Aufwertung von Hypotheken ausgesprochen hat, bringe eine auf die Dauer völlig unerträgliche Unsicherheit in das Wirtschaftsleben. Der Betrag von etwa 600 Millionen Goldmark, der zur Balancierung des Reichsetats einschließlich der Kosten des Versailler Vertrages (jedoch ohne Reparationszahlungen) fehle, müsse durch außerordentliche Steuermaßnahmen beschafft werden. Man habe aus diesen beiden Gründen Wert darauf gelegt, die Aufwertungsfrage noch innerhalb der kurzen Frist zu erledigen, für die das Ermächtigungsgesetz noch in Kraft ist.

## Radio-Neuigkeiten

### Was muß man von der Radio-Technik wissen?

Mit ehrfürchtigem Staunen steht die Menschheit vor dem neuen technischen Kulturwunder: Schallwellen, also Töne, über gewaltige Strecken hinweg, durch Wälder und Mauern hindurch, sogar über den Ozean in entfernte Erdteile zu übermitteln — drahtlos, ohne ein sinnlich wahrnehmbares Mittel, durch Sturm und Wogenbraus, durch Tag und Nacht. Dafür hat der Laie keine Erklärung.

Wie es der Lichtstrahl fertig bringt, von der Sonne oder von weitweiten Fixsternen her bis zu uns zu dringen, das findet niemand unerklärlich. Der Gebildete erklärt sich den Lichtstrahl als Wellenbewegungen des Aethers. Kleinste Wellen von fast mikroskopischer „Länge", die dem Auge in dieser Eigenart als Licht erscheinen.

Ganz wesensgleich aber sind die Radiowellen. Sie haben dieselbe Geschwindigkeit der Fortbewegung wie das Licht, nur sind sie viel, viel länger (100 bis 20 000 Meter) als die Lichtwellen und darum dem menschlichen Auge nicht sichtbar.

Die Radiowellen würden aber auch dem Ohre nicht vernehmbar sein, hätte menschlicher Forschungsgeist nicht sinnreichste Mittel erdacht, um die unfaßlich schnellen Schwingungen der Radiowellen von etwa 100 000 bis 1 000 000 pro Sekunde (technisch Hochfrequenz benannt) umzuformen in viel niedrigere Schwingungszahlen.

Denn Schwingungen über 20 000 per Sekunde kann das Ohr nicht mehr als Ton aufnehmen. Das Trommelfell, wie die Membran des Telephons, vermögen schnelleren Schwingungen nicht zu folgen.

Die sinnreichen Umformungsmittel, um beispielsweise die Schwingungszahl der Radiowellen von 500 000 auf nur 15 000 per Sekunde herabzumindern und damit dem Ohr vernehmbar zu machen, sind 1. der Detektor und außerdem 2. die Audion-Röhre. Daher redet man von „Detektor-Empfang" oder von „Audion-Empfang".

Ein Detektor gibt die ankommende Wellen-Energie unverstärkt wieder. Solche Detektor-Apparate sind also an begrenzte Entfernungen von der Sende-Station, welche die Radiowellen erst erzeugt, gebunden.

Bei den verhältnismäßig recht geringen Sende-Energien der Rundfunkstationen (z. B. Voxhaus) wird man praktisch mit einem Detektorapparat kaum weiter als etwa 20 Kilometer von der Sendestation entfernt empfangen können. Mit solchem Dektorapparat wäre es z. B. nicht möglich, in Leipzig die Sende-Station Berlin (Voxhaus) zu hören.

Viel besser für weitere Entfernungen ist der Audion-Empfänger geeignet, denn in ihm wird durch eine mit dem Apparat verbundene Anoden-Batterie die ankommende Wellen-Energie ganz bedeutend verstärkt (Hochfrequenz-Verstärkung).

Um sehr entfernte Stationen (z. B. London) zu hören, muß man noch einen sogen. „Mehrfach-Verstärker" hinzuschalten, welcher die von der Audionröhre gelieferten Telephonströme (Niederfrequenz) noch weiter ganz bedeutend verstärkt, so daß mit diesen starken Strömen auch Lautsprecher betrieben werden können.

### Gesetzliche Regelung des Funkverkehrs.

Strafen für nichtgenehmigte Anlagen.

Berlin, 1. Februar.

Das Reichspostministerium hat bekanntlich in Aussicht genommen, Sende- und Empfangsversuche auf dem Gebiete der Funktelephonie und Funktelegraphie in größerem Umfange als bisher zu gestatten und den Funkliebhabervereinen die Kontrolle der auf diesem Wege zustande kommenden privaten Versuchsanlagen zu übertragen.

Auf diese Weise kann jede technisch befähigte Person, die sich Empfangseinrichtungen selbst anzufertigen vermag, Erlaubnis erhalten, gegen Gebührenzahlung an dem allgemeinen Unterhaltungsrundfunk teilzunehmen. Um die Kontrolle wirksam durchführen zu können und das Überhandnehmen von Geheimanlagen, die vom politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt gleich schädlich sind, zu verhindern, soll in Ergänzung des Telegraphengesetzes demnächst eine Verordnung erlassen werden, die eine Verwendung nicht angemeldeter Funkeinrichtungen unter wesentlich höhere Strafe stellt als bisher.

Gegen Besitzer vorhandener, nicht genehmigter Anlagen sollen keine Schritte eingeleitet werden, wenn sie diese Genehmigung nachträglich einholen; jedoch wird gegen jeden, der von diesem Entgegenkommen innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung keinen Gebrauch macht, ohne Rücksicht vorgegangen werden.

## Tagesneuigkeiten

**Schluß bei Bauer.** Das in ganz Deutschland und weit darüber hinaus bekannte Café Bauer in Berlin hat am 31. Januar seine Pforten an der „historischen" Ecke der Straße Unter den Linden geschlossen und ist — wie es heißt, „nur provisorisch" — nach sehr kleinen Räumen im Zentralhotel, gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße, übergesiedelt. Dieses neue Café Bauer mutet an wie eine etwas groß geratene Bar. Über den verlassenen Räumen an der Lindenecke aber prangt bereits ein Riesenplakat, das die unmittelbar bevorstehende Eröffnung eines anderen Kaffeehauses und Hotels ankündigt. Es werden also letzten Endes nur die Namen wechseln, während der Kaffeeverkehr hüben wie drüben sich gleich bleibt.

**Der Wiederaufbau der Feste Koburg** ist jetzt nach 15jähriger Bautätigkeit unter der Oberleitung von Professor Bodo Ebhardt vollendet worden. Während früher das Reich große Mittel für den Umbau aufwandte, hat seit dem Anschluß Koburgs an Bayern die bayerische Regierung reiche Mittel bereitgestellt.

**Raubüberfall auf ein Postamt.** Wie aus Lauenburg berichtet wird, drangen in Hebrondammitz bei Stolp zwölf maskierte, mit Armeerevolvern ausgerüstete Räuber in das Postamt ein, riefen „Hände hoch!" und zwangen die Beamten zur Herausgabe der Schlüssel. Dann raubten sie etwa viertausend Mark und Briefmarken, drängten die Beamten und die anwesenden Ortseinwohner in den vergitterten Vorraum, durchschnitten die Telephonleitungen und suchten das Weite. Sie wurden später von Landjägern und Beamten der Schupo entdeckt und ergaben sich nach längerem Kampfe. Vier von ihnen wurden durch Schüsse schwerverletzt; einer starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Die Räuber sind sämtlich Familienväter aus Berlin.

**Amerika und die deutschen Kinder.** Irving Bush, der Vorstand des amerikanischen Hilfswerkes für die deutschen Kinder, gibt bekannt, daß die Sammlungen über 1¼ Millionen Dollar ergeben haben. Das Komitee geht jetzt mit der Absicht um, die amerikanischen Kinder in den Dienst eines mildtätigen Werbefeldzuges zugunsten des Hilfswerkes für die notleidenden deutschen Kinder zu stellen.

**Der Herr Badedirektor.** Die bayerische Regierung hat den früheren Oberstleutnant v. Fleischütz seines Amtes als Badedirektor des staatlichen Bades Steben enthoben. Fleischütz wird beschuldigt, durch unlautere Geschäfte den Ruf des Bades geschädigt, weibliche Kurgäste verkuppelt und Kriegsbeschädigte um die ihnen zustehenden Gelder betrogen zu haben.

**Breiters Erbsensuppe als Rodlerziel.** In Brückenberg im Riesengebirge erschienen bei dem Hausbesitzer Theodor Breiter unerwartete Mittagsgäste: es waren zwei Damen, die mit dem Rodelschlitten direkt durchs Fenster flogen und in die auf dem Tisch stehende Erbsenschüssel hineinsausten. Sie waren ganz elegant den steilen Berg oberhalb Hotel Bad Brückenberg herabgesaust, verloren aber infolge der Vereisung der Bahn die Gewalt über den Schlitten und erreichten schließlich ihr „Ziel" in Breiters Erbsensuppe. All Heil!

**Schachmeister Bardeleben gestorben.** Der Schachmeister Kurt v. Bardeleben ist im Alter von 62 Jahren nach langer Krankheit in Berlin gestorben. Bardeleben, der in früheren Jahren auf den internationalen Meisterturnieren eine gute Rolle spielte, war in der letzten Zeit sehr heruntergekommen und führte ein kümmerliches Dasein.

**Eine Leiche stellt sich der Polizei.** Ein junger Bankbeamter aus angesehener Augsburger Familie, der in München Scheckschwindeleien begangen hatte, stellte sich der Münchener Polizei als Leiche. Er mietete ein Auto und gab dem Chauffeur die Weisung, ihn zum Polizeigebäude zu fahren; unmittelbar vor dem Ziele erschoß er sich.

**Die feindlichen Brüder.** Seit langer Zeit lebten in Gloddow in Pommern die Brüder Otto und August Kapuschke, die gemeinsam ein Gehöft bewohnten, in Zwistigkeiten, die nun mit einer schweren Bluttat endeten. Otto Kapuschke schickte seine beiden Söhne zu seinem Bruder, um die gemeinsame Reinigungsmaschine sich auszubitten. Die Burschen fielen plötzlich über den Onkel her und riefen den Vater zu Hilfe und alle drei schlugen auf August Kapuschke ein. Nun eilte der Sohn des Überfallenen in die Wohnung, holte eine Flinte und gab einen Schuß ab. Er traf einen der beiden Vettern in den Kopf. August holte ebenfalls ein Gewehr und schoß in die Küche. Er traf die Schwägerin in den Unterleib; sie brach blutüberströmt zusammen und starb. Das Ergebnis war also: eine Tote und zwei durch Schüsse schwer verletzte Personen.

## Für Haus und Familie

### Lichtmeßbräuche.

Aus Winterdunkel zur Frühlingshelle.

Am 2. Februar feiert die katholische Kirche das sogenannte „Fest der Lichtmesse". An diesen Tag knüpfen sich mancherlei alte Bräuche, die ursprünglich auf die Kirche beschränkt, in späteren Zeiten auch ins Volksleben übergingen und darin festen Fuß faßten. Der Geist der neuen Zeit, der der Nüchternheit huldigt, hat allerdings die alten, patriarchalischen Sitten verdrängt, und sie haben sich allenfalls noch in den stillen Frieden der Kirchenmauern gerettet, wo sie aber nur noch für eine beschränkte Anzahl von Gläubigen ein kümmerliches Dasein fristen. Der großen Masse des Volkes sind sie fremd geworden, und darum lohnt es wohl, sie wieder einmal aus ihrer Ruhestätte ans Tageslicht hervorzuholen.

Seinen Ursprung führt das Fest der Lichtmesse, das auch Mariä Reinigung heißt, auf die biblische Erzählung zurück, die die Gottesmutter Maria an diesem Tage ihr göttliches Kind im Tempel ausstellen ließ, wobei sie, dem Gesetz gemäß, zwei junge Tauben opferte, um die Reinheit wiederzugewinnen, die sie durch die Mutterschaft verloren hatte. Mit diesem Brauch, der nach alten Chroniken in den Urchristenzeiten „als Nachahmung der Allerseligsten Gottesmutter" noch geübt wurde, hat die Kirche längst gebrochen; doch bringt sie am 2. Februar ein anderes Opfer dar, aus Kerzen bestehend, die am Lichtmeßtag geweiht und sodann dem Heiland, „dem Licht der Welt", zu Ehren, verbrannt werden. Ferner ist es in der katholischen Kirche heute noch üblich, daß junge Mütter am Lichtmeßtag ihre neugeborenen, aber bereits getauften Kinder in die Kirche bringen, daselbst zwei Kerzen opfern und dann von dem Priester eingesegnet werden.

Der Name des Festes hat mit der biblischen Überlieferung nichts zu tun; er lehnt sich mehr an altgermanische Sitten an, da ja die alten Germanen ihre Feste zum großen Teil von der Zu- oder Abnahme des Lichtes abhängig machten. Anfang Februar wurde in der Kirche die Frühmesse zum erstenmal bei Tageslicht gelesen, daher wohl der Name „Lichtmesse". Und das zunehmende Licht, das in den ersten Februartagen nach langem Winterdunkel wieder stärker und wohltätig empfunden wird, ist es auch, was dem Volk den Lichtmeßtag wert gemacht hat. Fast scheint es, als hätte man in der „guten, alten Zeit" schon einen Begriff vom Achtstundentag gehabt; denn vom Lichtmeßtag ab, so wollte es in Süddeutschland alter, geheiligter Brauch, wurde bei den Handwerkern zur Arbeit kein Licht mehr angezündet, sondern, sobald das Tageslicht schwand, Feierabend gemacht.

Auch ein besonderes Festgericht hatte der Lichtmeßtag. Wie zu Ostern das „Osterbrot" mit dem eingebackenen Ei, am Gründonnerstag das „Früchtenbrot" oder der „Stollen" und zu Allerheiligen (1. November) die „Allerheiligenstriezel" im guten alten Bürgerhaus nicht fehlen durften, so wollte der Lichtmeßtag sein „Lichtmeßbratel" haben. War die Arbeit mit Einbruch der Dunkelheit niedergelegt, so erschien die Meisterin mit einem großen Braten, der, zumeist vom Schwein stammte; es wurde Licht gemacht, und Meisterfamilie, Gesellen und Lehrlinge verzehrten den Braten zu Ehren der „Lichtfeier".

Die alten Lichtmeßsitten sind zum größten Teil vergessen; aber dasjenige, was sie entstehen ließ, das Licht in seiner schwellenden und verjüngenden Kraft, zeigt zum Lichtmeßtage auch heute noch seine machtvolle Wirkung. Es mahnt uns, daß nach allem Winterdunkel, nach allen trüben, kalten und finsteren Tagen, das Licht doch Sieger bleiben muß in einem neuen und gesegneten Frühling.

## Allerlei Kurzweil

**Die Poesie des Bahnhofs.** Es klingt paradox, von der Poesie eines Bahnhofes reden zu wollen, und mancher meiner Leser wird dazu ein wenig mit dem Kopfe schütteln und denken, „Wie kommt wohl Poesie mit dem nüchternsten aller Verkehrsbauten in Zusammenhang?" Gemach, ihr Kopfschüttler! Hört mir zu und dann geht selbst, um meine Worte auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Und glaubt mir, daß auch oft in den unscheinbarsten und nüchternsten Dingen des Alltags Poesie enthalten ist. Man muß sie nur suchen und sehen wollen!

Nehmen wir unseren Hauptbahnhof an. Steht er nicht da mächtig und stark, breitspurig, wie der Riese im Märchen? Die Linien seiner Front gerade und scharf, die Sicht seiner vielen, großen, nüchternen Fenster sich perspektivisch verengend und schon nach der Seite hin in bläulichem Dunst verdämmernd. Die großen Tore zwar ohne jeden Schmuck, und doch mächtig, von hoher Kuppel überkrönt. Die kühngeschweiften Bogen der glasüberdachten Eisenrippen ausgreifend und umspannend wie mit riesigen Armen! Braucht es denn des ornamentalen Schmucks? Wirken nicht auch die gradlinigen Dreiecke der Pyramiden mächtig durch ihre Wucht und Größe schon Jahrtausende hindurch? Nein, schön ist er nicht, dieser moderne, schmucklose Verkehrsbau. Und doch schön, gewaltig und kraftvoll.

Und nun seht, wie die nüchternen Tore den Menschenstrom in seine dämmernden Tiefen, dann wieder sich öffnen, um eine bunte Menge hervorströmen zu lassen. Tretet selbst hinein in das Tor, nehmt mit allen Sinnen die Poesie des Bahnhofs in euch auf. Mit den Augen das bewegte Treiben der hin und herströmenden Menschen, bunt und mannigfaltig wie ein Kaleidoskop, in jeder Minute andere Bilder aufrollend: mit den Ohren erfaßt den Lärm der Schritte, das Reden, Fragen, Schwirren. Dazwischen hinein die Pfiffe der Lokomotiven, das Rattern der Räder, die schrillen Töne der Glocken, denen in melancholischen Baßtönen die Stimme des Ausrufers folgt. Eine Symphonie von Tönen, unharmonisch zwar und ohne Gleichklang, doch dazugehörig, mächtig und eigenartig. Und dann nehmt den Geruch in euch auf, der dem Bahnhof eigen ist, den mit Rauch und Oel vermengten Duft, der doch so seltsam mit dem Geruch juchtenlederner Taschen und halbwelker Blumen gemischt ist. Kommt da nicht unwillkürlich die prickelnde Stimmung des Reisens über euch? Eine Ahnung, verschwimmend und doch gegenwärtig, von Bergen, Wald und See? Ein Erwartungsfieber, wie es das Kind vor Weihnachten fühlt? Und doch vermengt mit Abschiedswehmut! Oder auch die Empfindung des Ankommenden, der fremd an fremdem Orte, Neues und Schönes erwarten möchten. Das ist die Poesie des Bahnhofs, der sich wohl selten einer verschließen kann.

Und nun folgt mir einmal hinaus auf die Hohe Brücke, welche, die vielen Schienenstränge überspannend, einen Blick auf die Schmalseite des Bahnhofs gewährt. Da glitzert das Licht der Signallaternen auf dem weißen Stahl, der sich in schönen Linien verengenden oder als Weichen in Kurven ineinanderlaufenden Schienen. Und da, unter den dreifachen Bogen der Bahnhofshallen stehen Züge zur Abfahrt bereit. Bunte Laternen verbreiten magisches Licht, und der weiße, in dicken Schwaden aufsteigende Qualm hüllt sekundenlang das Bild ein. Ein greller Pfiff, — ein Ruf! Pustend setzt sich eine der Maschinen in Bewegung, eine Schlange hellerleuchteter Wagen hinter sich her ziehend. Das faucht heran, wie ein schnaubender Drache, das stößt den Qualm aus seinem hellaufleuchtenden Schlund in dicken Wolken, eine an die andere gereiht zu einer schaumigen Kette, oder vom Winde zerrissen, hierin und dorthin flatternd. — Dann fährt ein Zug ein, die Wagen kirren unter euch hinweg oder sie werden zusammengeschoben zu einer neuen Kette und ineinander gekuppelt, immer wechselnde, gleich reizvolle Bilder!

Stundenlang kann ich stehen und dem Treiben dort unten zuschauen, den eintönigen Signalrufen horchen, die Reiselust atmen. Versucht es auch einmal, und sagt mir dann, ob es nicht eine „Poesie des Bahnhofs" gibt!

Regina Bertholb.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

# Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, 2. Februar 1924.

## Merkblatt für den 3. und 4. Februar 1924.

Sonnenaufgang 7⁴³ (7⁴¹) || Mondaufgang 6¹⁰ V. (7⁰ V.)
Sonnenuntergang 4⁴⁸ (4⁴⁷) || Monduntergang 8⁰ N. (4¹⁸ N.)

3. Februar. 1809 Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy geb. — 1813 Aufruf Friedrich Wilhelms III. in Breslau zur Bildung freiwilliger Jägerkorps. — 1830 Griechenland wird souveränes Königreich. — 1845 Dichter Ernst von Wildenbruch geb. — 1851 Maler Wilhelm Trübner geb. — 1917 Die Vereinigten Staaten brechen die Beziehungen zu Deutschland ab. — 1923 Großes Erdbeben in der Südsee.

4. Februar. 1682 Johann Friedrich Böttger, Erfinder des Porzellans, geb. — 1921 Dichter Karl Hauptmann gest. — 1923 Die Franzosen rücken in Baden ein.

*

Herrliche Wintertage sind uns jetzt beschieden. Obgleich nachts mehrere Grad Frost eintreten, bringt doch die täglich höhersteigende Sonne mittags die Wärme bis auf 15 Grad R. Die früh eisglatten Wege tauen schon in den Vormittagsstunden an sonnigen Stellen auf, und bis in die Nachmittagsstunden tritt dann jener unerquickliche Zustand ein, der Straßen und Fußbahnen mit Schneeschlicker und Schmelzwasser überzieht. Das Bestreuen der Fußbahnen bleibt deshalb für jeden Hausbesitzer oberste Pflicht, um gefährliche Stürze der Passanten zu verhüten. Aber auch das achtlose Wegwerfen von Apfelsinenschalen ist wieder zu beobachten. Möchte doch jeder sich bewußt werden, daß Obstreste, auf die Fußbahn geworfen, den Mitmenschen genau so gefährlich werden können, als Eisflächen, und deshalb sollte jeder, der unterwegs durchaus eine Apfelsine essen muß, die Schalen hübsch einstecken und mit nach Hause nehmen.

**Der Kleingeldmangel** wächst sich nachgerade zur allgemeinen Kalamität aus. Die Milliardenscheine verschwinden immer mehr aus dem Verkehr und noch immer läßt sich kein „Rentenpfennig" blicken. Man kann mitunter Lebensmittel und sonstige kleine Bedarfsartikel nicht kaufen, wenn man nicht gewillt oder vermögend ist, kleine Beträge bis zu 5 Pfg. herauszuzahlen oder einfach fahren zu lassen. Das ist ein Zustand, der zum Himmel schreit! Wo bleiben denn die schon seit Monaten versprochenen Scheidemünzen? Man sollte doch meinen, daß es die erste Pflicht der Regierung sein müßte, bei einem so einschneidenden Wechsel, wie es der Uebergang vom Papiermarksystem zur Gold- oder Rentenmarkwährung an sich ist, fürs allererste dafür zu sorgen, daß die neuen Zahlungsmittel auch rechtzeitig in den Verkehr gebracht würden. So schwierig kann sich doch die Verausgabung der, wie versichert wird, bereits geprägten Münzen nicht gestalten, daß ob dieser ganz unverständlichen Verzögerung erst noch Handel und Wandel ins Stocken kommen sollte.

**Aerztlicher Sonntagsdienst** (nur dringende Fälle) Sonntag, den 3. Febr.: Dr. Roch-Grumbach, Dr. Auerbach-Burkhardswalde.

**Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche** in Gompitz werden die Gemeinden Roitzsch b. W. und Unkersdorf als Beobachtungsgebiet erklärt.

**Ein 20-Markstück = 20 Rentenmark.** Wie verlautet, ist nach der neuesten Verfügung das 20-Mark-Goldstück, für das bisher nur, entsprechend dem Goldgehalt, 19,2675 Billionen gezahlt wurden, auf volle 20 Rentenmark oder 20 Billionen Papiermark aufgewertet worden.

**Einen beachtenswerten Mahnruf** erlassen die evangelischen Pfarrer des Synodalkreises Elberfeld gegen Herrenstandpunkt und Terror. Es heißt darin: Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Wir stehen vielleicht in einem historisch entscheidenden Augenblick; weder Herrenstandpunkt noch Terror helfen uns und führen uns weiter. Es erscheint uns heilige Pflicht im gegenwärtigen Augenblick, wo Arbeitszeit und Arbeitslohn neu geregelt werden sollen, daran zu erinnern, daß allein maßgebend sein darf das Wohl des Ganzen. Wie schwer es auch sein mag, im einzelnen das Recht zu finden — wir erkennen das gerne an und maßen uns im besonderen kein Urteil darüber an —, die Losung sei: „Einer trage des andern Last". Wir bitten daher die Arbeitnehmer dringend und herzlich um Jesu willen: Entsagt jedem Terror und vergeßt das Wohl des Ganzen nicht, gebt eure Kraft und Zeit her, wo sie nur immer nötig ist, zum Aufbau unseres Volkslebens! Nicht weniger dringend und herzlich bitten wir in desselben Herren Namen die Arbeitgeberverbände: Gebt dem Arbeiter, der euch seine Zeit und Kraft gibt, was er bedarf, um sich und seine Kinder in dieser ungeheuren Notzeit zu erhalten, zu ernähren und zu kleiden!"

**Wegen Zuführung von Aufträgen an das sächsische Handwerk** hat das Wirtschaftsministerium nachstehende Aufforderung an die Ministerien der Finanzen, der Volksbildung und der Justiz sowie an das Landeswohnungsamt ergehen lassen: Weite Kreise des Handwerks sind in schwerster wirtschaftlicher Not. Zahllose bisher selbständige Handwerker, die zur Bedarfsgüterversorgung der Allgemeinheit auf die Dauer unentbehrlich sind, wenn ihnen nicht schleunigst Aufträge als Ersatz dafür zugeführt werden können, daß ihr bisheriger Kundenkreis infolge der gegenwärtigen Wirtschaftsstockung vorübergehend seinen Bedarf an handwerklichen Erzeugnissen und Leistungen zurückstellen muß. Die Gemeinden und staatlichen Dienststellen werden daher aufgefordert, unvermeidbare Neubeschaffungen und Instandsetzungsarbeiten im Rahmen der hierfür verfügbaren Mittel baldigst dem Handwerk zur Ausführung zu übertragen. Der sogenannten Pfuscharbeit und jeglicher Nebenarbeit von Beamten wird mit besonderem Nachdruck entgegenzutreten sein, auch schon im steuerlichen Interesse.

# Sachsen und Nachbarschaft

**Dresden**, 1. Febr. Einer der hervorragendsten Vertreter des Gabelsbergerschen Stenographiesystems, Professor Ahnert, ist auf Grund des Personalabbaugesetzes mit dem 31. Januar in den Ruhestand getreten. Der jetzt 65jährige Herr wirkt seit 29 Jahren am Stenographischen Landesamt zu Dresden. Außer als Landtagsstenograph ist er besonders bekannt geworden durch seine schriftstellerische Tätigkeit. Sein Lehrgang für Gabelsbergersche Stenographie erschien in einer Auflage von 165 000 Exemplaren.

**Dresden**, 1. Febr. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei beschäftigt sich in einer Zuschrift an die Presse mit dem Leiter des staatlichen Schwesternhauses in Arnsdorf, Pfarrer Naumann, der nach einer Meldung eines Leipziger sozialdemokratischen Blattes wieder in sein Amt eingesetzt worden sein sollte. Die Nachrichtenstelle erklärt diese Meldung als falsch und stellt folgendes fest: „Von demokratischer Seite und aus der Anstalt selbst ist gebeten worden, man möchte dem früheren Anstaltsleiter Pfarrer Naumann die Möglichkeit geben, die durch den Wechsel entstandenen Unstimmigkeiten zu beseitigen. Es ist nur der Wunsch zum Ausdruck gekommen, dem Pfarrer Naumann noch auf einige Zeit die Leitung der Anstalt zu übertragen. Mit keinem Worte ist verlangt worden, daß daraus ein Dauerzustand entstehen solle, und mit keinem Worte ist die Beseitigung oder gar die Abschiebung des Pfarrers Starke gefordert worden, weder von Seiten der Anstalt noch von Seiten der Demokraten. Den Wünschen ist das Ministerium des Innern insoweit gerecht geworden, daß es zugestimmt hat, daß Pfarrer Naumann für den angegebenen Zweck noch bis Ende Februar die Leitung der Anstalt führt und daß er dann auf Grund des Abbaugesetzes pflichtgemäß ausscheidet. Während dieser Zeit will Herr Naumann, wie er dem Minister bestimmt versichert hat, alles daran setzen, die Unstimmigkeiten zu beseitigen. Der als Nachfolger bestimmte Pfarrer Starke wird nach Ablauf dieser Zeit in sein Amt eingewiesen."

**Dresden**, 1. Febr. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Ministerialdirektor Freund hat aus Anlaß der gegen ihn in einem Leipziger Blatte erhobenen Angriffe unterm 31. Januar ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt.

**Dresden**, 1. Febr. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen in ihrer Nummer vom 31. Jan. eine Zuschrift aus Zwickau, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß der Amtshauptmann Robert Müller sich zum Stadtverordneten von Zwickau habe wählen lassen. Für den um Zwickau lagernden Landbezirk sei das bedenklich, weil in der Eingemeindungsfrage Interessengegensätze zwischen der Stadt und den umliegenden Landgemeinden bestünden; Amtshauptmann Müller müsse daher in Pflichtenkonflikt kommen. Zum Schluß wird die Regierung gefragt, was sie zu der unhaltbaren Doppelstellung eines ihrer Beamten sage. — Die Regierung hat in diesem Falle nicht zu verbieten noch zu genehmigen, denn die Annahme von parlamentarischen Mandaten aller Art ist das Recht jedes Staatsbürgers, also auch jedes Beamten. Pflichtenkonflikte, die daraus entstehen können, hat der Betreffende mit sich selbst auszumachen.. Uebrigens kann gerade ein Amtshauptmann kommunalpolitisch sehr Günstiges bewirken.

-n. **Klingenberg.** Am 30. Januar nachmittags besuchten unter Führung einiger Lehrer und in Begleitung von über 20 Erwachsenen 93 größere Schulkinder, den Klassen 1—6 angehörend, die Vorstellung im Zirkus Straßburger in Dresden. Befriedigt kehrten alle wieder nach Hause zurück.

**Freiberg**, 1. Febr. Dem Wachtmeister Schreiber in Großwaltersdorf kamen auf seinem Dienstwege drei Bürschchen mit auffallend gutgefüllten Rucksäcken nahe und fragten ihn im harmlosesten Tone nach dem Wege nach Brand. Der Wachtmeister gab bereitwilligst Auskunft und lud die drei Wanderer sogar zu einem Besuche nach seiner Wohnung ein. Dort untersuchte er die Rucksäcke und fand eine ganze Menge Schokolade, Zigarren und andere Sachen, die von einem Einbruche in Eppendorf herrührten. Die Burschen wurden verhaftet.

**Mittweida**, 1. Febr. In der letzten Stadtverordnetensitzung gaben vor Eintritt in die Tagesordnung die Vertreter der kommunistischen Partei die Erklärung ab, „daß sie sich auch im Gemeindeparlament in erster Linie berufen fühlen, den Kampf gegen Kapitalismus und Ausbeutertum zu führen und daß für sie die Interessen der Stadtgemeinde erst in zweiter Linie in Frage kommen." — Eine andere Haltung hat wohl auch keiner von den Kommunisten erwartet.

**Aue**, 1. Febr. Wie jetzt feststeht, haben die Unruhen in Aue und Schwarzenberg an Opfern gefordert: 2 Tote, 10 Schwer- und etwa 30 Leichtverletzte. Von der Sicherheitspolizei wurden 4 Beamte schwer und 3 leicht verletzt. Die Ruhe ist bisher nicht wieder gestört worden. Von den die Stadt umgebenden Höhen aus ist jedoch auf verschiedene Posten in Aue geschossen worden. In Schwarzenberg erklärte der Bürgermeister gelegentlich der Einweisung der neuen Stadtverordneten auf eine Bemerkung der Kommunisten, daß die in der vorigen Woche hier vorgekommenen Kundgebungen nur harmlose, wirtschaftlichen Zwecken dienende Veranstaltungen gewesen seien, daß die mit Waffen, Hacken, Zaunlatten und Stahlschlägern versehenen Teilnehmer die Polizeibeamten geradezu bestialisch durch Stiche, Schläge und Fußtritte zugerichtet hätten, so daß zum Beispiel einer derselben, ein Vater von fünf Kindern, nicht mehr zu erkennen gewesen sei.

**Plauen**, 1. Febr. Aus der Elternschaft der hiesigen höheren Mädchenschule heraus ist ein Verein „Erholungsheim für die höhere Mädchenschule Plauen" gebildet worden, der das dem Grafen von Hohental gehörige Schloß in Mühltroff auf zehn Jahre mietweise überlassen bekommen hat. Die Räume bieten Unterkunft für rund 200 Kinder.

**Grimma**, 1. Febr. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Reichswehrsoldat auf dem Wege von Döben nach Grimma von einem Unbekannten angehalten, der von ihm Geld und Wertsachen verlangte. Durch Hinzukommen eines Herrn wurde der Raubanfall vereitelt. Der Soldat gab auf den Flüchtenden mehrere Schüsse ab. Am anderen Morgen fand man Blutspuren. Der Täter ist abermals entkommen. Es ist dies seit einigen Tagen bereits der dritte Ueberfall.

**Leipzig**, 1. Febr. Der verantwortliche Schriftleiter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Dr. Günther, der wegen einer Zeitungsnotiz der Fluchtbegünstigung im Falle Erhardt angeklagt war, ist vom Landgericht Leipzig freigesprochen worden. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

# Versicherungswesen

**Invalidenversicherung.** Durch eine Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums vom 7. 11. 23 ist in der Invalidenversicherung eine sehr wichtige Aenderung eingetreten, die leider vielfach unbeachtet geblieben ist. Infolge dieser Unkenntnis können dem Arbeiter recht erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstehen; ganz abgesehen davon, daß der Arbeitgeber sich strafbar macht, der die Beiträge zur Invalidenversicherung nicht verwendet. Die Arbeitgeber haben die Beiträge bereits vom 3. 12. 23 ab zu entrichten, indem sie bei der Lohnauszahlung für die Dauer der Beschäftigung Marken nach der Lohnklasse der Versicherten in die Quittungskarte kleben. Der Ankauf der dazu notwendigen Marken durch die Arbeitgeber bei der Post oder bei den Markenverkaufsstellen hat spätestens am Sonnabend der Woche zu erfolgen, in der die Lohnperiode beendet wird. Arbeitgeber, die noch nicht im Besitze der Quittungskarte sind, wollen diese nunmehr umgehend bei der Krankenkasse abholen lassen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Landesversicherungsanstalt Sachsen die richtige Beitragsverwendung durch Außenbeamte überwachen läßt.

# Börse · Handel · Wirtschaft

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

| Börsenplätze | 1. 2. gesucht | 1. 2. angeb. | 31. 1. gesucht | 31. 1. angeb. |
|---|---|---|---|---|
| Holland 1 Guld. | 1 571 068 | 1 578 937 | 1 566 075 | 1 573 925 |
| Dänemark 1 Kr. | 682 290 | 686 710 | 678 300 | 681 700 |
| Schweden 1 Kr. | 1 101 240 | 1 106 760 | 1 100 253 | 1 105 757 |
| Norwegen 1 Kr. | 568 575 | 571 425 | 568 575 | 571 425 |
| Finnland Mark | 104 238 | 104 762 | 104 238 | 104 762 |
| **Amerika 1 Doll.** | **4 189500** | **4 210500** | **4 189500** | **4 210500** |
| England 1 Pfd. | 18 054 750 | 18 145 250 | 17 955 000 | 18 045 000 |
| Schweiz 1 Fr. | 728 175 | 731 825 | 726 180 | 729 820 |
| Frankreich 1 Fr. | 197 256 | 198 244 | 194 263 | 195 237 |
| Belgien 1 Fr. | 173 565 | 174 435 | 172 568 | 173 432 |
| Italien 1 Lira | 183 291 | 184 209 | 183 041 | 183 959 |
| Tschechien 1 Kr. | 121 944 | 122 556 | 120 697 | 121 303 |
| Österr. 1000 Kr. | 59 351 | 59 649 | 59 351 | 59 649 |
| Ungarn 1000 Kr. | 144 388 | 145 112 | 144 388 | 145 112 |

* Ostdevisen in Berlin am 1. Februar. Auszahlungen: Bukarest 21 890 G., 22 110 B.; Kattowitz 424 T. G., 426 T. B.; Riga 796 950 G., 813 050 B.; Reval 10 494 G., 10 706 B.; Kowno 420 750 G., 429 250 B. — Noten: Polnische Mark 390 T. G., 421 T. B.; Lettischer Rubel 755—500 G., 794 500 B.; Estnische Mark 9950 G., 10 450 B.; Lit. 399 750 G., 420 250 B.

*

**Gütertarifforderungen der Industrie und des Handels.** Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat folgende Hauptforderungen gestellt: Allgemeine Ermäßigung der augenblicklichen Frachtsätze, soweit dies zur Verminderung des Einnahmebedarfs möglich ist. Erhebliche Frachtermäßigung für die jetzt viel zu stark belasteten Fertigprodukte und Halbfertiggüter. Tatkräftige Wiederbelebung des Auslandsgeschäfts durch Ausdehnung der Seehafenausnahmetarife auf alle wichtigen Exportgüter. Aufhebung des Zuschlags für die Beförderung in gedeckten Wagen. Beschaffung von Durchfuhrtarifen. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag bei mündlicher Verhandlung im Reichsverkehrsministerium erfuhr, fanden diese Forderungen die grundsätzliche Anerkennung des Ministeriums.

**Große deutsche Baumwolleinkäufe.** Nach dem „Newyork Herald" beabsichtigt Deutschland, für 100 Millionen Dollar amerikanische Baumwolle in diesem Jahre einzukaufen. Die Vertreter deutscher Spinnereien hätten bereits einen Kredit von 10 Millionen Dollar angelegt, um einen Teil der beabsichtigten Ankäufe zu decken.

**Irisches Einfuhrverbot für Heu und Stroh.** Das von der Regierung des Irischen Freistaates wegen der starken Verbreitung der Maul- und Klauenseuche bereits erlassene Verbot gegen die Einfuhr von Heu und Stroh aus Großbritannien ist neuerdings fast auf das gesamte Ausland ausgedehnt worden. Hiernach ist seit 28. v. M. an die Einfuhr von Heu und Stroh auch aus Deutschland, gleichviel, ob sie über England oder direkt erfolgt, verboten. Das Einfuhrverbot umfaßt auch alle Waren aus Deutschland, die in Heu oder Stroh verpackt oder aus Stroh gefertigt sind.

*

## Lebensmittel.

**Auf den Berliner Lebensmittelmärkten** ist ein weiteres Sinken der Preise für Fische und Eier festzustellen. Eier sind bis 17 Pf. das Stück heruntergegangen. Heringe in guter Qualität sind schon für 20 Pfennig zu haben, und auch andere Fischarten sind billiger als an den vorangegangenen Tagen. Merklich herabgesetzt wurden auch die Gurkenpreise: kleine Gurken kosten 20 Pfennig, die größeren 60 Pfennig das Stück. Fleisch, Gemüse und Wild sind weder billiger, noch teurer geworden. Fast ganz brach liegt der Schmalzhandel. Bananen sind von 60 auf 25 bis 30 Pfennig das Stück gesunken. Apfelsinen kosten im Großhandel 24 bis 32 Pfennig das Pfund.

## Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

| | 1. 2. | 31. 1. | | 1. 2. | 31. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weiz., märk. | 139-142 | 135-138 | Weizkl. f. Brk. | 7,1-7,2 | 7.10 |
| pommerscher | — | — | Roggl. f. Brl. | 5,6-5,8 | 5.80 |
| Rogg., märk. | 121-123 | 117-120 | Raps | 280 | 280 |
| pommerscher | 118-119 | 117-118 | Leinsaat | 4,20 | 4.20 |
| westpreuß. | 118-119 | — | Viktor.-Erbs. | 24-26 | 23-25 |
| Braugerste | 140-150 | 142-152 | kl. Speiseerbs. | 14-16 | 13-15 |
| Futtergerste | 130-136 | 130-136 | Futtererbsen | — | 10-11 |
| Hafer, märk. | 98-103 | 96-100 | Peluschken | 13-14 | 10-11 |
| pommerscher | 88-93 | 85-90 | Ackerbohnen | 12-14 | 10-11 |
| westpreuß. | 86-88 | — | Wicken | 13-15 | 13-14 |
| Weizenmehl | | | Lupin., blaue | 12-13 | 11.5-12 |
| p. 100 Kil. fr. | | | Lupin., gelbe | 15-16 | 15 |
| Bln. br. inkl. | | | Seradella | 13,5-14 | 13-14 |
| Sack (feinst. | | | Rapskuchen | 8,8-9 | 9,6-9,7 |
| Mrk. ü. Not.) | 21,50-24 | 21,50-24 | Leinkuchen | — | — |
| Roggenmehl | | | Trockenschzl. | 7,7-7,8 | 7,6-7,7 |
| p. 100 Kil. fr. | | | ww. Zuckschn. | 16,0-18 | 17-18 |
| Berl. brutto | | | Torfml. 30/70 | 6-6,5 | — |
| inkl. Sack | 18,75-21 | 18,75-21 | Kartoffelfl. | 16-16,5 | 16 |

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission pr. Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,45 bis 0,70, desgl. Haferstroh 0,35—0,50, desgl. Gerstenstroh 0,35 bis 0,50, Roggenlangstroh 0,35—0,45, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,35—0,40, Häcksel 1,05—1,25, handelsübliches Heu 0,85—1, gutes Heu 0,95—1,35.

## Berliner Produktenbörse von heute, dem 2. Februar.

Der Doppelzentner in Goldmark: Weizen 14,7—15; Roggen 12,7—12,2; Sprangerste 14—15; Futtergerste 13,1 bis 13,7; Hafer 10,1—10,6; Weizenmehl 22—24,5; Roggenmehl 19,5—22; Weizenkleie 7,3—7,4; Roggenkleie 5,80—6; Raps 28.

## Meißner Getreidepreise von heute, dem 2. Februar.

Preis für 50 Kilogramm in Goldmark: Weizen 7,20 bis 7,30; Roggen 6,20—6,30; Sommergerste 7,50—8; Hafer 5,50—5,75. Weizenmehl 13,50; Roggenmehl 12; Raps 11 bis 12; Trockenschnitzel 5,50; Stroh 0,90; Weizenkleie 4,20; Roggenkleie 3,80; Kartoffeln 2,10—2,30; Kartoffelflocken 10,50.

## Nossener Getreidepreise von 1. Februar.

Preis für 50 Kilogramm in Goldmark: Weizen 7; Roggen 6,20; Sommergerste 7,50—7,80; Hafer 6—6,20; Weizenmehl 16, 70% 13,50; Roggenmehl 75% 12; Mais 10—12; Roggenkleie 4; Weizenkleie 4,30; Kartoffeln 2,30.

Die heutige Ausgabe der „Sachsen-Zeitung" umfaßt 8 Seiten.

Verlags- und Redaktionsleitung: Paul Frenzel.
Verantwortlich: Für die Politik, Handel und Unterhaltung: Paul Frenzel, für „Aus Stadt und Land", „Aus dem Freistaat", „Sport" und den übrigen redaktionellen Inhalt: Hermann Lässig. Für die Anzeigen und Reklamen: A. Römer, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke, sämtlich in Wilsdruff-Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

## Amtliche Verkündigungen

Infolge Ausbruches der Maul- und Klauenseuche in Gompitz werden die Gemeinden **Roitzsch b. W.** und **Unkersdorf** als **Beobachtungsgebiet** erklärt.

Meißen, am 1. Februar 1924. P II G 12

**Die Amtshauptmannschaft.**

## Kurze Familiennachrichten

**Geburten:** Herr Dr. Erich Helm und Frau Hedwig, Leipzig, ein Sohn. — Herr W. Bombös u. Frau Else, Leipzig, eine Tochter. — Herr Dr. Bernhard Schilling und Frau Marianne, Dresden, eine Tochter.

**Todesfälle:** Herr Gürtlermeister Hugo Lehmann, Meißen. — Herr Drogist Carl Weise, Leipzig. — Herr Dr. med. Georg Liebe, Königlicher Sanitätsrat, Waldhof Elgershausen.

---

# Dramat. Verein, Wilsdruff

**Mitglied des Verbandes Volks-Spiel-Kunst.**

Sonntag den 3. Februar, abends ½8 Uhr im **Gasthaus zum „Weißen Adler"**

**auf vielseitig. Wunsch nochmalige Aufführung**

## „Josef oder des Sohnes Heimkehr"

Volksschauspiel in 3 Akten von Meißner.

Nachdem **Feiner Ball.**

---

# Landw. Verein, Wilsdruff.

Mittwoch den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr

## Stiftungsfest.

1. **Filme-Vorträge.**
2. **Konzert.**
3. **Gesangsvorträge.**
4. **Ein Tänzchen.**

Der Vorstand.

---

# Turnverein Grumbach

Sonntag den 3. Februar, von nachmittags 6 Uhr ab

## flotter Turnerball.

---

# Lindenschlößchen.

Sonntag, den 3. Februar von nachmittags 4 Uhr an **Feiner Ball.**

**Nächsten Mittwoch Kino.**

---

# Gasthof Klipphausen

Sonntag den 3. Februar

**Großer Ballbetrieb.** Musik: Kapelle Obermusikmstr. Stock-Dresden.

---

# Gasthof Limbach.

Sonntag den 3. Februar **Feiner Ball.**

**Tanz frei!**

---

# Kurhaus Steinbach b. M.

Sonntag den 3. Februar **Feine Reunion.**

Hierzu laden freundl. ein **Otto Lange u. Frau.**

---

# Louis Kühne, Hofemühle

**Wilsdruff** älteste Firma am Platze **Wilsdruff**

**Ankauf aller Getreidesorten gegen sofortige Kasse oder Umtausch.**

Ab Lager empfehle preiswert: **Maisschrot und Körner, Gerstenschrot, Haferschrot, diverse Nachmehle, Roggen- u. Weizenkleie, Kokoskuchen und Schrot, Leinmehl, Fischmehl, Biertreber, Malzkeime, Zuckerschnitzel, Trockenschnitzel, Ia schles. Rotklee, Gelbklee, Raygras, diverse Düngemittel usw. usw.**

---

**Tabakbörse**

Arno Lederer

Am See 19 · Tel. 17956

**Dresden-A.**

---

# Achtung! Landwirte!

Ich bringe hiermit zur Kenntnis, daß ich meine seit 7 Jahren zur allgemeinen Zufriedenheit betriebene **Saatkleereinigung** in diesem Jahre wegen Raumveränderung mit dem **15. Februar** für **beendigt** erkläre. Vorherige Anmeldung der zu reinigenden Menge ist erwünscht.

**Arthur Renner,** Saatkleereinigung, **Spechtritz** b. Rabenau.

---

# Oswald Mensch Nachf.

**Inh.: Emil Mensch**

Roßschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft

**Potschappel, Turnerstraße 10, früher Heinrich Hahnisch.**

Fernsprecher Amt Deuben 385, Nebenstelle Mensch. Bei Unglücksfällen m. Transportwag. sof. zur Stelle.

---

# Landwirtschaftsbank Wilsdruff, e. G. m. b. H.

Zu der am **13. Februar 1924** nachmittags 4 Uhr im Gasthof **„Weißer Adler"** in **Wilsdruff** stattfindenden

## 16. ordentlichen Generalversammlung

werden alle Mitglieder höflichst eingeladen.

**Tagesordnung:**

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1922/23.
1b. Neuzeitliche Aufgaben und Ziele der Genossenschaften: Böhme.
2. Vorlage und Genehmigung von Jahresrechnung und Bilanz.
3. Bericht des Aufsichtsrates über Revision und Entlastung des Vorstandes.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Bericht über die stattgefundene gesetzliche Revision.
6. Wahlen.
7. Beschlußfassung über Abänderung von § 23 Abs. 1 und § 8 Ziffer 1 des Statutes.
8. Erhöhung des Gesamtanleihebetrages und der Kredithöchstgrenzen.
9. Neufestsetzung des Eintrittsgeldes.
10. Anträge und Verschiedenes.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zum Tage der Generalversammlung im Geschäftszimmer der Bank während der üblichen Dienststunden zur Einsicht der Mitglieder aus.

Anträge, über welche Beschluß gefaßt werden soll, müssen bis 10. Februar schriftlich beim Vorsitzenden eingereicht sein.

Wilsdruff, den 30. Januar 1924.

**Der Vorstand der Landwirtschaftsbank Wilsdruff**

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Böhme Vink Richter Dr. Kunze.

---

# Radio-Vortrag betreffend!

Dieser vom Radio-Verlag Menschen angekündigte Radio-Vortrag findet nunmehr bestimmt am **24. Februar** abends ½8 Uhr im **Gasthof „Goldener Löwe"** statt. Durch technische Verbesserungen kann die Teilnehmerzahl erheblich vergrössert werden. Die Expedition dieses Blattes hat sich deshalb im Interesse der Sache entschlossen, in ihrer Geschäftsstelle von Montag ab einen Vorverkauf einzurichten. Preise der Plätze: 2 50, 2.— und 1 50 Mk. Die in Leipzig direkt bestellten Karten wurden inzwischen von dort aus versandt.

---

# Drucksachen

*aller Art für Behörden, Fabrikanten, Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker, Gastwirte, Rechtsanwälte, Vereine und den Familienbedarf schnell, sauber und preiswert. Auf Wunsch Vertreterbesuch*

*Buchdruckerei Arthur Zschunke in Dresden-Wilsdruff*

---

**Ein Posten**

# Rohnessel

**Ia. Pa. Qualität**

*zu Leib- und Bettwäsche.*

**Ein Posten**

# Hemdentuche

*in nur guten brauchbaren Qualitäten.*

*Preise im Schaufenster.*

*Anfertigung von Wäsche in bester Ausführung.*

## Wäschehaus Wobst

**Meissen, Fleischergasse.**

---

# Louis Seidel, Wilsdruff.

**Briketts, Steinkohlen, Ia Brennholz eingetroffen.**

Größte Auswahl in **Futtermitteln, Sämereien, Düngemitteln zu ermäßigten Preisen:**

**ab Lager:** Leinmehl, Baumwollsaatmehl, Reismehl, Palmkernschrot, Kartoffelflocken, Malzkeime, Roggenkleie, Weizenkleie, Schwarzmehl, Pollmehl, Grieskleie, Mais, Maisschrot, Gerstschrot, Trockenschnitzel, Viehsalz, Kokoskuchen.

**Ferner:** Weizenmehl, Roggenmehl, Rotklee und sonstige Saaten.

Kalkstickstoff, Ammoniak Superphosphat in verschiedenen Mischungen, Superphosphat, Kalisalze, Kainit, Knochenmehl u. s. w.

**Eintreffend:** Thomasmehl, schwefels. Ammoniak, Salpeter.

**Ich kaufe nach wie vor jeden Posten Getreide gegen sofortige wertbeständige Zahlung.**

# Louis Seidel, Wilsdruff.

NB. Ich habe die Agentur der Roggenrentenbank, Berlin für hiesigen Bezirk und besorge **Roggenbeleihungen** auf landwirtsch. Grundbesitz zu günstigen Bedingungen.

---

# Landwirtschaftsbank Wilsdruff

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Fernsprecher Nr. 11 und 50. :: Kassenzeit 8—12, 2—5 Uhr.

Wir nehmen **Rentenmark-Spareinlagen von jedermann** zu folgenden Zinssätzen entgegen:

| | | |
|---|---|---|
| bei täglicher Verfügung | 15% | p. Jahr |
| bei 1monatl. Kündigung | 16% | p. Jahr |
| bei 2monatl. Kündigung | 17% | p. Jahr |
| bei 3monatl. Kündigung | 18% | p. Jahr. |

---

# Jetzt

**günstigste Gelegenheit zum Einkauf.**

Biete an:

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Voll-Reis** | 1 Pfd. 24 ₰ | b. 5 Pfd. à Pfd. | 23 ₰ |
| **Graupen** | 1 „ 24 „ | „ 5 „ „ „ | 23 „ |
| **Linsen** | 1 „ 40 „ | „ 5 „ „ „ | 38 „ |
| **Erbsen, gelb** | 1 „ 34 „ | „ 5 „ „ „ | 33 „ |
| **Bohnen, weiß** | 1 „ 20 „ | „ 5 „ „ „ | 19 „ |
| **Hirse,** beste | 1 „ 24 „ | „ 5 „ „ „ | 23 „ |
| **Haferflocken** | 1 „ 24 „ | „ 5 „ „ „ | 23 „ |
| **Weizenmehl** 65% | 17 „ | „ 5 „ „ „ | 16 „ |
| **Nudeln** | 1 „ 26 „ | „ 5 „ „ „ | 25 „ |
| **Leinöl** | 1 „ 74 „ | „ 5 „ „ „ | 72 „ |
| **Margarine** | 1 „ 58 „ | „ 5 „ „ „ | 57 „ |
| **Palmin** | 1 „ 70 „ | „ 5 „ „ „ | 69 „ |
| **Schweinefett** | 1 „ 80 „ | „ 5 „ „ „ | 78 „ |

Alle anderen Waren ebenfalls in bester Qualität zu billigsten Preisen.

## Paul Lauer, am Markt.

---

# Gewerbeverein.

Dienstag, 5. Febr., 8 Uhr **Hauptversammlung** im **Löwen.** D. V.

---

# Frauenverein.

**Hauptversammlung** Dienstag ½8 Uhr **Heyne.**

---

| | |
|---|---|
| **Reis** à Pfd. | 24, 28, 32 Pf. |
| **Gräupchen** Pfd. | 24, 28 „ |
| **Hirse** „ | 24, 28 „ |
| **Linsen** „ | 40, 55 „ |
| **Bohnen** „ | 18, 28 „ |
| **Schweinefett** Pfd. | 80 „ |
| **Palmin** „ | 70 „ |
| **Margarine** „ | 56 „ |
| **Kaffeeersatz** „ | 10 „ |

empfiehlt billigst

**Hugo Busch.**

---

# Roßfleisch und Wurst

verkauft **Aug. Hohlfeld.** Kaufe Schlachtpferde.

---

**Damen** wenden sich bei Bedarf von **Spülapparaten** sämtl. Frauenartikeln u. bei Regelstörung vertrauensvoll an Frau **Fr. Schmidt, Dresden 5,** Weißeritzstraße 2 c.

---

# Achtung Raucher!

**Rein Uebersee Zigarren u. Rippen zum schneiden** verkauft billig. Konkurrenzlos!

**Für Wiederverkäufer billigste Bezugsbeding.**

## Otto Richter,

**Zigarren- und Rauchtabak-Fabrik**

**Wilsdruff,** Rosenstr. 81,I

---

# Briefmarken

**Ankauf — Verkauf**

**Fritz Bohnert,** im Photohaus Hüttig, **Dresden-A., Grunaer Straße 11.**

---

**Reiher- u. Straußfedern**

Ball- und Vasenblumen, Silber- u. Goldkränze am schönsten immer bei **Heße, Dresden,** Scheffelstr. 12.

---

**Felle** aller Art **kauft,**

**Schafwolle** tauscht gegen Strickgarn,

**Gänsefedern** zum Selbstschleißen

Unterbettfedern v. M. 0,80 an

Deckbettfedern M. 2 b. M. 2.50

**Schwarz, Dresden,** Löbtau: Reisewitzer Str. 26, Fil. Altstadt: Wettin. Str. 32.

---

**Inserieren br. Gewinn!**

---

### Verkäufe

# Zum Hausschlachten

empfiehlt

## Därme

**Alfred Pilz, Meißen** Poststraße 12, Schlachthof.

---

Ab heute **Brot- und Nudelverkauf** der Mühle Krummenhennersdorf.

**Bäckerei Blankenstein**

---

# Musikinstrumente

jed. Art kauf. Sie vorteilh. bei **Lorenz, Dresden-A.** Wittichaustr. 6. 5 M. v. Hptbh. Kauf! Tausch! Reparaturen!

---

# Schäferhund

sehr wachsam, unter 3 die Wahl, verkauft **Baumann, Blankenstein.**

---

# Ein Hofhund

¾ Jahr, zu verkaufen **Grumbach 63.**

---

### Offene Stellen

# 1 Wirtschaftsgehilfe und eine Hausmagd

die gut melken kann, auf **größeres Gut gesucht.** Zu erfragen unt. Nr. **278** in der Geschäftsst. ds. Bl.

---

# Bäckerlehrling

in gute Lehrstelle gesucht. **Otto Schilling,** Bäckermeister, **Wilsdruff.**

---

Suche für 1. 3. zuverlässigen **Wirtschaftsgehilfen** welcher ein paar Pferde übern. **Rich. Schmidt, Gut Zschaitz** bei **Döbeln.**

---

**Bäckerlehrling**

findet sehr gute Lehrstelle bei Bäckermeister **Arno Fischer, Roßwein,** Lommatzscher Straße 8. Näheres bei **Gustav Knäbel,** Freib. Str. 106.

---

### Verschiedenes

# Braune Pelzboa

von **Zedtlerstraße nach dem Bahnhof**

**verloren.**

Gegen hohe Belohnung abzugeben bei **Heeger,** Zedtlerstraße 180.

---

Ein 5- bis 6jähr., flottes

# Pferd

wird zu kaufen gesucht. Angebote unt. Nr. **251** an die Geschäftsst. ds. Bl.

---

Wir bitten möglichst Inserate bis vorm 11 Uhr aufzugeben.

---

# Schreibmaschinen

*fabrikneu, erstkl. bewährte Systeme, für Büro, Reise und Privatgebrauch, mit sämtlichen neuesten Einrichtungen, mit Garantie liefere ich, um einem jeden die Anschaffung möglich zu machen, auch gegen äusserst bequeme wöchentliche*

# Ratenzahlungen!

*Verlangen Sie daher noch heute ausführliches, für Sie unverbindl. Angebot durch die Büromaschinen-Handlung*

## Anton Rückwald

DRESDEN-N. 6, ALBERTSTR. 33

Fernruf 14760

---

# Die älteste Roßschlächterei

Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft im **Plauenschen Grunde.**

Inhaber:

## Kurt Stering, Freital-Potschapp.

Tharandter Straße 25, Fernruf Deuben Nr. 151

**kauft laufend Schlachtpferde zu allerhöchsten Tagespreisen.**

Bei Unglücksfällen **sofort Tag und Nacht** mit Transportgeschirr zur Stelle.